

# Hindu-Nationalisten bedrohen Religionsfreiheit in Indien

## Übergriffe auf Christen und Muslime



# Impressum

## Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)  
Postfach 2024, D-37010 Göttingen  
Tel.: +49 551 49906-0  
Fax: +49 551 58028  
Internet: [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)  
E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de)

Bank für Sozialwirtschaft  
Konto: 9 471 400  
BLZ: 251 205 10  
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00  
BIC: BFSWDE33HAN



Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros oder Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

**Text:** Ulrich Delius

**Redaktion:** Inse Geismar

**Titelbild:** Muslimischer Mann in Ahmedabad. Foto von Meena Kadri / Flickr, CC BY-NC-ND 2.0

**Layout:** Tanja Wieczorek, Jenny García, Hanno Schedler

**Preis:** 5,00 Euro

**Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im September 2015**

# **Indien: Hindu-Nationalisten bedrohen Religionsfreiheit – Übergriffe auf Christen und Muslime**

## **Inhalt**

<b>1. Zusammenfassung</b>	<b>3</b>
<b>2. Forderungen</b>	<b>6</b>
<b>3. Übergriffe auf Christen</b>	<b>6</b>
3.1 Angriffe auf Pastoren und Pfarrer .....	7
3.2 Verhaftungen von Pastoren.....	9
3.3 Gewaltsamer Tod von Pastoren oder Gemeindemitgliedern.....	10
3.4 Angriffe auf Messen, Kirchen, Friedhöfe und andere kirchliche Einrichtungen.....	11
3.5 Übergriffe auf christliche Gläubige (Festnahmen, Drohungen etc.) .....	14
3.6 Zwiespältige Haltung des Premierministers .....	16
<b>4. Keine Gerechtigkeit für Opfer des Kandhamanal-Pogroms</b>	<b>18</b>
<b>5. Übergriffe auf religiöse Stätten von Minderheiten</b>	<b>20</b>
<b>6. Indiens Muslime – verarmt, diskriminiert und ausgegrenzt</b>	<b>22</b>
<b>7. Ergebnisse der Volkszählung von Hindu-Nationalisten instrumentalisiert</b>	<b>25</b>
<b>8. Hindu-Nationalisten schüren Streit um Fleisch</b>	<b>27</b>
<b>9. Gewalt zwischen religiösen Gemeinschaften als Massenphänomen</b>	<b>30</b>
9.1 Übergriffe auf Christen .....	31
9.2 Übergriffe auf Muslime.....	32

9.3 Angriffe gegen Ahmadiyyah.....	35
<b>10. Indiens Regierung reagiert verärgert auf US-Menschenrechtsreport zur Glaubensfreiheit</b>	<b>36</b>
<b>11. Justiz auf Abwegen</b>	<b>36</b>
<b>12. Kriminalisierung von muslimischen Rohingya-Flüchtlingen aus Burma / Myanmar</b>	<b>37</b>
<b>13. Streit um Hinduisierung des Bildungssystems</b>	<b>40</b>
<b>14. Umstrittener Yoga-Tag</b>	<b>41</b>
<b>15. Anti-Konversions-Gesetze bedrohen Glaubensfreiheit</b>	<b>41</b>
<b>16. Hindu-Extremisten mobilisieren für Re-Konvertierung zum Hinduismus</b>	<b>43</b>
<b>17. Gefährliche Hindu-Nationalisten</b>	<b>44</b>

## 1. Zusammenfassung



*Ein Mann läuft auf der Straße vor einer Mauer entlang, auf der eine Moschee, die Hindu-Gottheit Ganesha und Jesus Christus aufgemalt sind. Foto: Mat McDermott /Flickr CC BY-NC-ND 2.0*

In Indien hat die Gewalt gegen Christen und Muslime seit dem Machtantritt des Hindu-nationalistischen Premierministers Narendra Modi im Mai 2014 deutlich zugenommen. Mehr als 760 gewalttätige Übergriffe gegen religiöse Minderheiten wurden zwischen Mai 2014 und September 2015 dokumentiert. Hatte ein Netzwerk indischer Menschenrechtsorganisationen in einem Report 600 Gewalttaten gegen religiöse Minderheiten zwischen Mai 2014 und März 2015 dokumentiert, registrierte die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) dann zwischen März und September 2015 noch 163 gewaltsame Attacken auf Christen, Muslime, Ahmadiyyah-Muslime und Sikhs. Die tatsächliche Zahl der Attacken dürfte deutlich höher sein, da viele Übergriffe insbesondere gegen Muslime nicht detailliert erfasst werden können. Die meisten Angriffe erfolgten nicht spontan, sondern wurden von Hindu-Extremisten nach längerer Planung verübt. 136 der seit März 2015 verübten 163 Angriffe waren gegen Christen gerichtet. So wurden zwölf Priester tödlich von Hindu-nationalistischen Gruppen attackiert.

Mit Äxten und Eisenstangen wurden Pastoren oder Gläubige vor allem in ländlichen Gebieten angegriffen, um sie aus ihren Dörfern zu vertreiben. In Dutzenden Fällen wurden sie unter Einsatz von Gewalt zum Glaubensübertritt zum Hinduismus gezwungen. So umzingelten rund 600 Hindu-Aktivisten am 19. Juli 2015 in dem Dorf Nakhnool (Bundesstaat Rajasthan) das Haus des Pastors Pratap Singh. Sie zwangen den

## Indien: Hindu-Nationalisten bedrohen Religionsfreiheit

Pastor und seine Familie, den Hindu-Gott Hanuman anzubeten und sich schriftlich zum Hinduismus zu bekennen.

Schutz können die bedrängten Christen und Muslime von der Polizei nicht erwarten. Im Gegenteil, die Polizisten verhaften meist nicht die Angreifer, sondern die Überfallenen, die sie fälschlich der Missionierung verdächtigen. Meist zerrren die Hindu-Extremisten die Angehörigen der Minderheit zur nächsten Polizeistation und verlangen dort ihre Festnahme. Mindestens zwölf Priester und 64 Gemeindemitglieder wurden seit März 2015 wegen ihres Glaubens in Indien festgenommen. Attackiert wurden neben Kirchen aber auch Moscheen, Sikh-Tempel, christliche Schulen, Gebetskreise, Friedhöfe, Begräbnisse und Schreine. In Dutzenden Fällen wurden Christen von Hindu-Extremisten ohne Vorwarnung oder Möglichkeiten der Verteidigung ihres Dorfes verwiesen und ihr Eigentum zerstört oder beschlagnahmt.

Die Straftaten bleiben im Regelfall ungesühnt, da die Ermittlungen gegen die Täter oft aus Mangel an Beweisen eingestellt werden. So ist nur ein Bruchteil der Gewaltdelikte gesühnt worden, die bei pogromartigen Übergriffen gegen Christen im Bezirk Kandhamal (Bundesstaat Orissa) im Jahr 2008 von Hindu-Nationalisten verübt wurden. Heute leben rund 30 Millionen Christen in Indien. Eine Volkszählung im Jahr 2011 ergab, dass es damals 27,8 Millionen Christen waren (2,3 Prozent der Gesamtbevölkerung).

Indiens 180 Millionen Muslime sind verarmt, diskriminiert und ausgegrenzt. In den meisten ihrer Dörfer gibt es keine Schulen oder Krankenstationen. Nur Adivasi-Ureinwohner und Dalits (Unberührbare) leben noch schlimmer. Im Alltag leiden sie oft unter tätlichen Angriffen. So wurde dem muslimischen Arbeiter Faizan von Hindu-Angreifern der Bart abgerissen. Stärker als Christen leiden Muslime unter der gezielten Zerstörung ihrer Lebensgrundlage durch Hindu-Nationalisten. So werden Muslime mit immer neuen Verboten des Schlachtens von Tieren und des Verkaufs von Fleisch gezwungen, ihre Schlachthöfe zu schließen. Muslimische Flüchtlinge aus dem Nachbarland Burma werden systematisch ausgegrenzt und kriminalisiert.

Sowohl Christen als auch Muslime prangern die systematische Hinduisierung des Bildungswesens an. Gemeinsam warnen die religiösen Minderheiten vor zunehmender religiöser Intoleranz. Mit Anti-Konversions-Gesetzen erhöhen Hindu-Nationalisten massiv ihren Druck auf Christen und Muslime und schränken die Glaubensfreiheit drastisch ein. So wird Christen und Muslimen willkürlich unterstellt zu missionieren. Noch bedrohlicher sind Programme von Hindu-Extremisten zur Re-Konvertierung zum Hinduismus. Hindu-Nationalisten behaupten, 33.974 Menschen im Jahr 2014 zum Hinduismus re-konvertiert zu haben.

Mit besonderer Sorge verfolgen Christen und Muslime in Indien, wie fanatische Hindu-Bewegungen in enger Abstimmung mit der Regierungspartei Bharatiya Janata Party (BJP)

## Indien: Hindu-Nationalisten bedrohen Religionsfreiheit

alle Kräfte bündeln, um religiösen Minderheiten jede Lebensperspektive zu nehmen und die Respektierung ihrer grundlegenden Menschenrechte zu verweigern. So trifft sich die BJP regelmäßig zu Klausurtagungen mit der Hindu-nationalistischen RSS-Bewegung, deren Unterorganisation DJS im Dezember 2014 als Ziel proklamierte, in Indien sollten spätestens bis zum 31. Dezember 2021 keine Christen und Muslime mehr leben. Die Umtriebe Hindu-nationalistischer Extremisten sind nicht nur eine ernste Gefahr für die Wahrung der Religionsfreiheit in Indien, sondern auch für den sozialen Frieden und die Stabilität auf dem Subkontinent.

Mit großer Sorge verfolgt die Gesellschaft für bedrohte Völker, dass nicht nur die Gewalt von Hindu-Nationalisten gegenüber einzelnen Angehörigen religiöser Minderheiten deutlich zunimmt, sondern dass es auch immer häufiger zu Gewalt zwischen ganzen Gruppen religiöser und ethnischer Gemeinschaften in Indien kommt. So nahmen nach Angaben der Behörden gewaltsame Konflikte zwischen großen Gruppen religiöser und ethnischer Gemeinschaften in den ersten fünf Monaten des Jahres 2015 um 24 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu: Zwischen Januar und Ende Mai 2015 wurden 287 Zusammenstöße registriert. Wenn Premierminister Modi seinen Lippenbekenntnissen zur Religionsfreiheit nicht endlich Taten folgen lässt und extremistische Hindu in ihre Schranken verweist, drohen Indien und ganz Südasien sehr unruhige Zeiten.

## 2. Forderungen

### **An Indiens Regierung:**

- Entwicklung eines nationalen Aktionsplans zur Eindämmung ethnisch-religiös motivierter Gewalt
- Null-Toleranz gegen die Verbreitung von Hassparolen und Hetztiraden (auch in sozialen Netzwerken)
- Recht auf Glaubensfreiheit muss gewährleistet werden
- Strikte Neutralität des Staates und seiner Ordnungshüter bei ethnisch-religiös motivierten Auseinandersetzungen
- Aufhebung der Konversionsgesetze in den Bundesstaaten
- Stopp der Hinduisierung des Bildungswesens
- Ende der Straflosigkeit und umfassende Entschädigung der Opfer ethnisch-religiös motivierter Gewalt

### **An die Regierungen der Europäischen Union:**

- Besorgnis über die Eskalation des Hasses und der Gewalt äußern (nicht nur bilateral, sondern auch in Vereinten Nationen)
- Indiens Regierung an ihre Verpflichtungen zur Respektierung der Religionsfreiheit erinnern
- Ende der Straflosigkeit einfordern
- Schutz und freien Zugang für Menschenrechtsverteidiger einfordern
- Indien ermutigen, in allen Bundesstaaten Minderheiten-Kommissionen einzurichten,
- Umsetzung des gesetzlich vorgesehenen Schutzes für Minderheiten anmahnen
- Indien mehr Hilfe bei einer Besserstellung der benachteiligten Minderheiten anbieten

### 3. Übergriffe auf Christen



*Dieser Christ in Kerala bekennt sich öffentlich zu seinem Glauben. Foto: Evgeni Zotov / Flickr CC BY-NC-ND 2.0*

#### 3.1 Angriffe auf Pastoren und Pfarrer

Mit Äxten, Schlagstöcken und Gewehren bewaffnete Hindu-Extremisten greifen am **4. September 2015** die Anugrah-Kirche im Dorf Hututag (Bundesstaat Jharkhand) an, um einen Gottesdienst zu stören. Sie beschimpfen und bedrohen **Pastor Sarvajit Bharti** und beschädigen sein Motorrad, mit dem er normalerweise nach Hause fährt. Denn im Juli 2015 musste er aus dem Dorf wegziehen, nachdem Hindu-Nationalisten zu einer mitternächtlichen Hetzjagd gegen ihn aufriefen. Der Pastor musste sich schließlich auf dem Dach seiner Kirche vor den Angreifern verstecken. Sein 22 Jahre alter beigeordneter **Pastor Kumar** wurde von den Extremisten schwer am Kopf verletzt.

Am **23. August 2015** wird die **Pastorin Rani Gill** aus Rambagh (Bundesstaat Punjab) von einer Gruppe Sikhs tötlich angegriffen. Die Sikhs sind mit Messern, Eisenstangen und Speeren bewaffnet. Sie verletzen die Pastorin schwer: Ihr wird ein Speer in die Brust gerammt. Die gleiche Gruppe hatte die Pastorin in den vergangenen sechs Jahren bereits mehrfach attackiert.

## Indien: Hindu-Nationalisten bedrohen Religionsfreiheit

Die drei **Evangelisten Rajesh Singh, Tinku Ram** und **Karan Singh** aus dem Dorf Bhaini Kalan (Bundesstaat Haryana) werden am **9. August 2015** auf dem Rückweg in ihre Siedlung von einer mit Eisenstangen bewaffneten Gruppe angegriffen. Rajesh Singh wird zweimal mit einer Stange auf den Hinterkopf geschlagen, so dass er ohnmächtig wird. Doch die Angreifer treten weiter auf ihn ein. Karan Singh werden ein Bein sowie beide Unterarme gebrochen.

Den Sonntags-Gottesdienst in der Hauskirche in dem Ort Ghazipur (Bundesstaat Uttar Pradesh) stürmen am **2. August 2015** Hindu-Aktivistinnen. Sie bedrohen **Pastor Nandlal** und fordern ihn ultimativ auf, alle Gebete zu unterlassen und die Hauskirche zu verlassen. Auf Druck der Extremisten kündigt ihm sein Vermieter die Wohnung.

Am **24. Juli 2015** werden der **Pastor Chandrama Masih** und seine Familie aus dem Ort Raspatti (Varanasi) von Hindu-Extremisten attackiert, als sie ihr neues Wohnhaus bauen. Er lebt bereits seit 20 Jahren in dem Ort. Seit Monaten wird er bedroht. Ihm wird vorgeworfen, Hindu konvertieren zu wollen. Mit dem Terror will man ihn und seine Familie aus dem Dorf vertreiben. Seine Ehefrau wird bei dem Angriff schwer verletzt, auch seine Kinder und er erleiden Verletzungen.

Hindu-Nationalisten der RSS und BJP feiern am **19. Juli 2015** vor dem Haus von **Pastor Pratap Singh** im Dorf Nakhnool (Bundesstaat Rajasthan) die Re-Konvertierung von Christen zum Hinduismus. Rund 600 Menschen versammeln sich und zwingen Singh sowie zehn seiner Familienangehörigen, den Hindu-Gott Hanuman anzubeten. Singh muss schriftlich bezeugen: „Ich will ein Hindu sein.“ Der Pastor wird darüber hinaus gezwungen, Wasser aus dem in den Augen der Hindus heiligen Fluss Ganges zu trinken und seine Stirn anzumalen, um deutlich zu machen, dass er nun Hindu ist. Vergeblich hatte sich der Pastor einen Monat lang versteckt, um der Zwangskonvertierung zu entgehen. Die Hindu-Extremisten spürten ihn in seinem Versteck auf und zwangen ihn zu konvertieren. Singh lebt seit 15 Jahren in dem Dorf. Im Dezember 2014 erhielt er erstmals Todesdrohungen von Hindu-Nationalisten.

Drei Pastoren werden am **18. Juli 2015** in New Delhi von Hindu-Nationalisten angegriffen. Eine Gruppe von rund 30 RSS-Anhängern stürmt ein Privathaus, in dem ein Gebetstreffen unter Leitung von **Pastor Harchand** stattfindet. Sie zerstören die Scheiben, verwüsten das Haus und schlagen Frauen und Männer. Statt die Christen zu schützen, nimmt die herbeigerufene Polizei den Pastor in Gewahrsam und verhört ihn auf dem Polizeirevier in Anwesenheit des lokalen RSS-Vorsitzenden. Der Pastor wird schließlich freigelassen, nachdem er unter Zwang ein Teilgeständnis abgelegt hat.

Als später am Abend die **Pastoren Rajan Gill** und **Rajendra Masih** den bedrängten Christen zu Hilfe eilen, informiert ein Polizist die RSS-Führer. RSS-Aktivistinnen schlagen die

beiden Pastoren daraufhin vor den Augen der Polizisten nieder und verletzen sie schwer. Die Polizei schreitet nicht ein, sondern schaut der Gewalt der Extremisten untätig zu.

Eine Gruppe von 100 Hindu-Extremisten greift am **10. April 2015** in Hisua (Bundesstaat Bihar) die drei **Pastoren Arun Kumar, Ram Bali** und **O.M. Matthew** an und schlägt sie nieder. Die nationalistischen Hindu werfen den Pastoren vor zu missionieren und fordern sie ultimatim auf, nicht mehr in der Region zu predigen.

### 3.2 Verhaftungen von Pastoren

**Pastor Paras Bilwal** und die zwei **Christen Raju** und **Roopsingh** aus Amjhara (Bundesstaat Madhya Pradesh) werden am **5. September 2015** festgenommen, als sie Christen in dem kleinen Weiler Nankhodara besuchen. Sofort versammelt sich eine Menschenmenge von rund 60 Personen um das Haus, in dem sich die Christen befinden. Die aufgebrachte Menge dringt auf die Christen ein und bedroht sie. Schließlich werden sie zu einem Außenposten der Polizei in Kesvi gebracht und wegen vermeintlicher Verletzung des Religionsgesetzes des Bundesstaates Madhya Pradesh förmlich verhaftet.

Am **27. August 2015** wird **Pastor Thanuram Yadav** im Dorf Pipariya (Bundesstaat Madhya Pradesh) festgenommen, weil er fälschlicherweise verdächtigt wird, Hindu zwangsweise zu konvertieren. Die lokale Polizei hat nicht förmlich gegen ihn ermittelt. Auf Drängen der Kirche wird er später gegen Kautio aus der Haft entlassen.

Hindu-Nationalisten greifen am **23. August 2015** **Pastor Dinesh Yadav** in Saidpur (Bundesstaat Uttar Pradesh) an und verletzen ihn schwer. Danach bringen sie ihn zur Polizeiwache Khanpur, wo er unter dem Verdacht, Konversionen erzwungen zu haben, verhaftet wird.

Am **9. August 2015** wird **Pastor Ramesh Vasuniya** in dem Ort Padlava (Bundesstaat Madhya Pradesh) nach einem Gottesdienst von der Polizei festgenommen. Hindu-Nationalisten hatten die Ordnungshüter gerufen, weil sie dem Pastor vorwarfen, sie mit Steinen beworfen und Hindu zum Glaubenswechsel gedrängt zu haben. Die Vorwürfe waren haltlos, denn tatsächlich hatten Hindu-Extremisten seine Kirche während der Messe mit Steinen beworfen. Als die Medien Augenzeugen interviewen, die die Vorwürfe entkräften, wird der Kirchenmann gegen Zahlung einer Kautio freigelassen.

Die beiden **Pastoren Gigi P. Paul** und **Rajesh Habil** und **drei Gemeindemitglieder** werden am **22. Juni 2015** in Jagdalpur (Bundesstaat Chhattisgarh) festgenommen, weil Christen im Januar 2012 gegen die Zerstörung ihres Friedhofes durch Hindu-Nationalisten protestiert hatten. Der Kakrapal-Friedhof war am 8. Januar 2012 von mehr als einhundert extremistischen Hindu verwüstet und entweiht worden. Als Christen formell Anzeige erstatten wollten, weigerte sich die Polizei, die Anzeige anzunehmen. Daraufhin organisierten die Christen im Januar 2012 einen Protestmarsch. Um die Demonstranten

einzuschüchtern, leitete die Polizei Ermittlungsverfahren gegen sechs Christen ein. Unter ihnen befinden sich auch die nun festgenommenen fünf Christen. Die Verhafteten kommen am 27. Juni 2015 gegen Zahlung einer Kaution frei.

Am **15. Juni 2015** wird in dem Dorf Kandragunda (Bundesstaat Orissa) **Pastor Siluan Saroj Kumar Nayak** bei einem Gebetstreffen festgenommen. Zuvor waren vier Hindu-Extremisten in den Gebetsraum eingedrungen und hatten die Veranstaltung gestoppt. Der Pastor wird auf Betreiben der Eindringlinge festgenommen und beschuldigt, zahlreiche Bestimmungen des Religionsgesetzes von Orissa verletzt zu haben. Auch mehrere Monate nach seiner Festnahme war er noch nicht freigekommen.

Am **10. Mai 2015** stürmen RSS-Aktivisten einen Gottesdienst in Dewas (Bundesstaat Madhya Pradesh), bringen **Pastor Ronald Sinclair** sowie **40 Gläubige** zur Polizeiwache und beschuldigen sie, Zwangskonversionen durchgeführt zu haben. Auch beschimpfen und schlagen sie die Gläubigen. Andere Pastoren und Christen, die zu dem Polizeirevier geeilt sind, um den Verhafteten zu helfen, werden ebenfalls von den Hindu-Extremisten geschlagen. Die Polizei fordert den Pastor daraufhin auf, eine Liste aller Gemeindemitglieder vorzulegen und lässt nach Prüfung der Liste gegen Mitternacht alle Festgenommenen frei.

**Pastor Shalom Raj** von der Hebron-Kirche in Muccherla Pally (Bundesstaat Telangana) wird von RSS- und VHP-Anhängern am **19. April 2015** tötlich angegriffen und geschlagen. Die Hindu-Aktivisten beschuldigen ihn der Zwangskonversion von Hindu und schleppen ihn auf eine Polizeiwache. Dort wird er neun Stunden lang festgehalten. Mit einer Demonstration vor dem Polizeirevier protestieren 150 Christen gegen die willkürliche Inhaftierung des Pastors.

### 3.3 Gewaltsamer Tod von Pastoren oder Gemeindemitgliedern

Am **5. September 2015** wird der Leichnam des **Pastors Saji Panicker** aus Kalyan (Bundesstaat Maharashtra) entdeckt. Der 52-Jährige war mehrere Tage zuvor verschwunden. Es wird vermutet, dass er ermordet wurde.

Am **17. August 2015** wird der 29 Jahre alte **Pastor Gurumurthy Madi** aus Malkangiri (Bundesstaat Orissa) von maoistischen Naxaliten-Rebellen ermordet. Er hinterlässt eine Frau und drei Kinder.

Maoistische Naxaliten-Rebellen ermorden am **12. August 2015** den einflussreichen Christen **Sukhdev Negi** aus Bhiramgarh (Bundesstaat Chhattisgarh) vor den Augen seiner Familie. Negis Bruder war vor zwei Jahren von den Aufständischen entführt worden. Bei seiner Freilassung hatten sie ihn verpflichtet, niemals mehr in sein Heimatdorf zurückzukehren und sich nicht mehr öffentlich als Christ zu bekennen.

Am **26. Juli 2015** wird ein christliches Ehepaar von Bereitschaftspolizisten im Kandhamal Bezirk (Bundesstaat Orissa) erschossen. Der 45 Jahre alte **Dubeshwar Nayak** und seine **Ehefrau Budi** waren auf einen Berg geklettert, um ihren in einem anderen Bundesstaat lebenden Sohn mit ihrem Mobiltelefon anzurufen, da in ihrem Ort der Empfang zu schlecht war. Andere Dorfbewohner, die mit ihnen auf den Berg gestiegen waren, begegneten auf ihrem Rückweg einer Polizeistreife und informierten sie über das telefonierende Ehepaar, das sich noch auf dem Berg aufhielt. Trotzdem hörten sie dann später Schüsse und warteten vergeblich auf die Rückkehr der Nayaks. Am nächsten Morgen berichten die Dorfbewohner der Polizei von den Schüssen. Doch die Sicherheitskräfte bleiben untätig und weigern sich sogar, eine Anzeige zum Verbleib der Eheleute aufzunehmen. Erst als die Dorfbewohner mit Demonstrationen und Straßensperren reagieren, um das Schicksal der Vermissten zu klären, übergibt ihnen die Polizei die Leichname der getöteten Christen.

Am **17. September 2015** wird in einem Kloster im Bezirk Kottayam (Bundesstaat Kerala) der Leichnam der 69 Jahre alten **katholischen Ordensschwester** Amala entdeckt. Sie ist offensichtlich **ermordet** worden. Die Autopsie ihres Leichnams ergibt, dass sie aufgrund von Kopfverletzungen verstarb, die ihr mit einem schweren Gegenstand zugefügt wurden.

### 3.4 Angriffe auf Messen, Kirchen, Friedhöfe und andere kirchliche Einrichtungen

Am **10. September 2015** wird ein **christliches Gebetstreffen** in Fattiguda (Bundesstaat Madhya Pradesh) von Hindu-nationalistischen Störern gewaltsam beendet. Der Leiter der Gebetsrunde, Pastor Ajmer Singh Damor, wird von den rund 25 Demonstranten geschlagen und schwer am Kopf verletzt. Rund fünf Stunden lang bleibt er bewusstlos liegen. Auch seine Ehefrau Renita sowie andere Frauen und Kinder werden geschlagen. Anfangs war die Polizei nicht bereit, den Übergriff zu protokollieren und eine Anzeige zu der Attacke aufzunehmen. Erst nach Intervention von Kirchenführern auf höherer administrativer Ebene zeigt sich die Polizei kooperationsbereiter.

Der **katholische Friedhof** in der Stadt Belgaum (Bundesstaat Karnataka) wird am **6. September 2015** von nationalistischen Hindu verwüstet. Dutzende Grabsteine werden umgestürzt und Gräber mutwillig zerstört.

Am **10. Juli 2015** wird die **katholische Sankt-Thomas-Kirche** in Taherpur (Bundesstaat West Bengal) mit Steinen beworfen und die gläserne Eingangshalle schwer beschädigt. Auch werden sakrale Gegenstände von den Angreifern auf die Straße geworfen.

RSS-Aktivisten greifen am **7. Juli 2015** die **christliche Schule** in Ashoknagar (Bundesstaat Madhya Pradesh) an und schlagen eine Nonne, die die Einrichtung leitet, sowie einen Priester.

In dem Ort Saga (Bundesstaat Madhya Pradesh) verhindern Hindu-Aktivisten am **4. Juli 2015** ein **christliches Begräbnis** des Hindu Rajesh Yadav, der vor acht Jahren zum Christentum übertrat. Zwar legte seine Witwe überall die Dokumente vor, die seinen Religionsübertritt belegten. Doch Hindu-Extremisten bestehen darauf, dass Rajesh noch immer Hindu ist.

Rund 30 Hindu-Extremisten werfen am **28. Juni 2015** Steine auf eine **Kirche** in Adoni (Bundesstaat Andhra Pradesh). Auch rufen sie nationalistisch Hindu-Slogans und bedrohen den Pastor und seine Ehefrau. Zwar schützt die Polizei das Pastoren-Ehepaar, doch strafrechtliche Ermittlungen gegen die Angreifer leitet sie nicht ein.

Eine **baptistische Kirche** wird in Bhiwani (Bundesstaat Haryana) am **27. Juni 2015** von Hindu-Nationalisten verwüstet. Das seit 20 Jahren bestehende Gotteshaus wird um 1 Uhr morgens von mit Steinen bewaffneten jungen Leuten angegriffen. Sie zerstören Fenster und das Kreuz. Als sich ihnen ein Gemeindemitglied entgegenstellt, wird er verleumdet und mit dem Tod bedroht.

Ein **katholischer Schrein** wird am **22. Juni 2015** in der Stadt Kollam (Bundesstaat Kerala) mutmaßlich von Hindu-Nationalisten verwüstet und entweiht. Im Schrein hinterlassen die Angreifer demagogische Schriften und Poster, auf denen Christen verunglimpft werden.

Eine **Bombe** explodiert am **20. Juni 2015** auf dem Sportplatz der **Schule Assembly of God** in Kolkata. Ein ehemaliger Schüler der kirchlichen Bildungseinrichtung wird verletzt. Ein anderer Schüler hatte ihm den als Ball getarnten Sprengsatz, den er am Spielfeldrand gefunden hatte, zugeworfen. Kurze Zeit später sollte dort ein Fußballspiel stattfinden. Eine Explosion des Sprengsatzes hätte unter Zuschauern und Spielern viele Opfer gefordert.

Hindu-Nationalisten verhindern am **21. Mai 2015** den **Bau einer Kirche** in Wanaparthy (Bundesstaat Telangana). Unterstützt werden sie dabei vom stellvertretenden lokalen Polizeichef, der einen Baustopp für eine Gebetshalle verfügte. Die Gemeinde braucht dringend eine neue Gebetsstätte. Rund 70 Gläubige finden sich jeden Sonntag auf dem Baugelände zum Gebet ein.

Rund 50 RSS-Aktivisten greifen am **14. Juni 2015** einen **christlichen Gebetskreis** in Attingal (Bundesstaat Kerala) an. Die Angreifer zerstören Möbel und Musikinstrumente und verstreuen überall Essen. Auch rufen sie nationalistische Hindu-Slogans und

bedrohen Pastor und Gläubige. Die Polizei nimmt in Verbindung mit der Attacke fünf Dorfbewohner fest.

Am **3. Juni 2015** wird eine **christliche Schule** von Hindu-Extremisten in Abdalpur (Bundesstaat West Bengal) attackiert. Der Angriff löst bei den Schülern eine Panik aus. Die Eindringlinge zerstören Möbel, Bildungsmaterial und verwüsten Klassenräume. An die Wände sprühen sie anti-christliche Slogans. Im März 2015 wurde bereits eine andere christliche Schule in dem Bundesstaat von Hindu-Nationalisten angegriffen.

Hindu-Aktivisten greifen am **12. Mai 2015** eine **christliche Einrichtung für geistig behinderte Kinder** in Pipaldhar (Bundesstaat Madhya Pradesh) an. Sie werfen Steine auf das Dach des Zentrums und der benachbarten Kirche und beschädigten das Dach. Drei Nonnen, die in dem Gebäude leben, werden daraufhin in Sicherheit gebracht.

**Drei Kirchen** werden in Indore (Bundesstaat Madhya Pradesh) am **12. Mai 2015** von Hindu-Nationalisten angegriffen. Sie wollen damit gegen die Eröffnung eines von christlichen Missionaren betriebenen neuen Waisenhauses protestieren. Zu den angegriffenen Gotteshäusern zählt die **Anglikanische St. Paul's Kirche**, in der eine Kruzifix, sakrale Gegenstände, Mikrofone und Möbel zerstört werden. Vergeblich versuchten die Angreifer eine protestantische Kirche in Brand zu setzen. Eine andere **protestantische Kirche** greifen sie mit Steinen an. Die kleine christliche Gemeinde in der Region ist nach der Serie von Attacken tief verunsichert und fürchtet um ihren Schutz.

Am **16. April 2015** wird die **katholische Marien-Kirche** in der Stadt Agra (Bundesstaat Uttar Pradesh) von Hindu-Extremisten angegriffen und verwüstet. Zwei historisch wertvolle Marien-Statuen werden zerstört. Die Katholische Bischofskonferenz Indiens verurteilt den Gewaltakt. „Die Art und Weise wie die alten Statuen angegriffen und entweiht wurden und wie die Täter alles taten, um den Ort zu entwürdigen und das Ehrgefühl der Menschen zu verletzen, machen deutlich, dass dies nicht einfach nur Akte des Vandalismus waren, sondern gut geplante heimtückische Taten, um die religiösen Gefühle tief zu verletzen und ein Gefühl der Unsicherheit unter den Minderheiten zu schaffen“, erklärt der stellvertretende Generalsekretär der Katholischen Bischofskonferenz Indiens, Vater Joseph Chinnayan (UCAN India, 21.4.2015). Auch viele Gläubige in der Stadt zeigen sich schockiert. Zwar haben sie von der Welle gewaltsamer Zerstörungen von Kirchen in der Hauptstadt gehört, doch bislang hat Agra solche Gewalt noch nicht erlebt. Zwischen Dezember 2014 und April 2015 sind mindestens sechs christliche Kirchen in New Delhi von Hindu-Extremisten angegriffen und beschädigt worden.

Eine im Bau befindliche **Kirche** wird im **März 2015** in Hissar (Bundesstaat Haryana) von Hindu-Extremisten angegriffen und zerstört. Die Angreifer hissen sogar eine Fahne mit der Aufschrift Lord Ram auf dem Kirchengebäude. Später rechtfertigt Surendra Jain, der

Generalsekretär der Hindu-Bewegung VHP, die Zerstörungsaktion, indem er erklärt, Christen würden auch nicht den Bau eines Hanuman-Tempels im Vatikanstaat erlauben.

### 3.5 Übergriffe auf christliche Gläubige (Festnahmen, Drohungen etc.)

Zwischen dem **12. und 15. September 2015** erhält der christliche **Menschenrechtler Dr. John Dayal** wegen seines Engagements für Minderheiten in sozialen Netzwerken wiederholt **Todesdrohungen**. Der Aktivist, der sich auch sehr für die Rechte von Christen, Adivasi und Dalits engagiert, macht die Drohungen publikumswirksam weltweit publik und erhält breite Unterstützung. Vertreter des Christlichen Anwaltsvereins (Christian Lawyer Association), der Minderheiten-Kommission in New Delhi sowie der dortigen Erzdiözese wenden sich daraufhin an den Verwaltungschef der Stadt und fordern einen wirksamen Schutz des Menschenrechtlers ([www.asianews.it](http://www.asianews.it), 15.9.2015). Hindu-Extremisten hatten sogar seine private Telefonnummer über Twitter verbreitet und dazu aufgerufen, ihn telefonisch zu bedrängen. Unter dem Stichwort „Shame on John Dayal“ starten Hindu-Nationalisten die Einschüchterungskampagne. In den verbalen Angriffen wird er mit Pädophilen und Vergewaltigern gleichgesetzt ([www.ucanindia.in](http://www.ucanindia.in), 15.9.2015). Seine Familie empfiehlt ihm schließlich, seine Telefonverbindung abzuschalten und alle Kommunikation über soziale Medien zu unterlassen. „Ich war, in gewissem Sinne, Flüchtling in meinem eigenen Haus, hatte keine Verbindung mehr zur Außenwelt“, erklärt der Menschenrechtler später (Indian Express, 16.9.2015). Schließlich erstattet er Anzeige gegen die Verantwortlichen für die Hetzparolen. Er ist aber nicht sehr zuversichtlich, dass die Täter tatsächlich zur Rechenschaft gezogen werden, denn zuvor eingereichte Anzeigen blieben folgenlos. Der 67 Jahre alte Aktivist ist Generalsekretär des „All India Christian Council“ und war früher Vorsitzender der „All India Catholic Union“. Außerdem ist er Mitglied des „Nationalen Integrationsrates (National Integration Council of India).

Polizisten verhafteten **14 Christen** im Dorf Tanda (Bundesstaat Madhya Pradesh) am **6. September 2015** wegen Landfriedensbruch. Die Christen hielten ein Gebetstreffen ab und waren schon im Vorfeld der Veranstaltung bedroht worden. Der Pastor Suresh Mandloi hatte daraufhin die örtliche Polizei um Schutz gebeten, wurde aber darüber informiert, dass er von Hindu-Extremisten angezeigt worden sei. Der Pastor zog sich daraufhin von der Organisation des Treffens zurück, doch eine Gruppe von Gläubigen trifft sich trotzdem zu einem Gebetskreis. Rund 150 Hindu-Extremisten greifen die versammelten Christen an und beschimpfen und schlagen sie. Schließlich nimmt die Polizei 14 Christen fest und leitet Ermittlungen wegen Verstößen gegen das Religionsgesetz von Madhya Pradesh ein.

Am **6. September 2015** werden die **zwei Christen** John Alexander und Sunny Oman von der „Church of North India“ im Bezirk Seoni (Bundesstaat Madhya Pradesh)

festgenommen. Sie hatten einen Christen in dem Dorf Kesla Kala besucht, wurden jedoch von einem Mob von rund 100 Hindu-Extremisten angegriffen und der Zwangskonversion beschuldigt. Schließlich hatte die aufgebrachte Menge sie zur Polizeiwache von Barghat gebracht. Gegen sie wurden Ermittlungen wegen Verletzung des Religionsgesetzes von Madhya Pradesh eingeleitet. Einige Stunden später werden sie gegen Kautions aus dem Polizeigewahrsam entlassen.

Rund 15 bewaffnete Hindu-Extremisten attackieren am **4. September 2015** ein **Gebetstreffen** von 35 Christen in dem Dorf Hutugdag (Bundesstaat Jharkhand). Vier Christen werden schwer verletzt und müssen ins Krankenhaus eingewiesen werden. Anzeigen gegen die Angreifer werden nicht erstattet.

Am **28. August 2015** werden **sieben christliche Familien** wegen ihres Glaubens **des Dorfes** Sagarkatta (Bundesstaat Jharkhand) **verwiesen**. Die Entscheidung wird ihnen auf einer Dorfversammlung mitgeteilt. Damit sie in dem Ort keine Lebensgrundlage mehr haben, dürfen sie den Brunnen nicht mehr benutzen und ihre Tiere nicht mehr auf den Viehweiden grasen lassen. Außerdem wird all ihr Eigentum eingezogen oder zerstört. Die Christen wenden sich an die Polizei und bitten um Hilfe, doch die Ordnungshüter bleiben untätig.

In dem Dorf Bichaburu (Bundesstaat Jharkhand) sind **31 christliche Familien** von ähnlichen Zwangsmaßnahmen betroffen.

**Vier christliche Adivasi-Familien** aus Lupungi Masasai (Bundesstaat Jharkhand) werden am **23. August 2015** vom Gemeinderat vorgeladen. Ihnen wird wegen ihres Glaubens die **Ausweisung** aus dem Ort **angedroht**. Die Christen wussten nicht, was sie erwartete. Der Gemeinderat teilt den Adivasi-Ureinwohnern mit, dass ihre offiziellen Bescheinigungen über ihren Status als Indigene mit sofortiger Wirkung eingezogen werden und sie zukünftig weder Brunnen noch Viehweiden nutzen dürfen. Sollten sie ihren Glauben nicht aufgeben, müssten sie den Ort verlassen. Vergeblich bitten die Christen die Polizei um Hilfe.

Rund 30 Hindu-Nationalisten greifen am **23. August 2015** ein **Treffen von Christen** in dem Dorf Navegaon (Bundesstaat Madhya Pradesh) an. Die Angreifer beschimpfen und schlagen die Angehörigen der Minderheit. Schließlich schreitet die herbeigerufene Polizei ein. Sie nimmt jedoch nicht die Störer der Veranstaltung fest, sondern verhaftet die Christin Basanti Mahobe sowie drei weitere Christen und den Eigentümer des Hauses, in dem die Veranstaltung stattfand. Nach fünf Tagen im Gewahrsam der Behörden werden die Festgenommenen auf Bewährung freigelassen.

Die kleine **christliche Gemeinschaft** von Dhanora (Bundesstaat Chhattisgarh) wird am **8. August 2015** von einem Mob von 500 Hindu **bedroht und geschlagen**. Der Vorfall ereignet sich während eine Dorfversammlung, zu der die Christen vorgeladen wurden.

Sie werden beschuldigt, Hindu zur Konvertierung zu drängen, und ultimativ aufgefordert, sich vom Christentum abzuwenden und zum Hinduismus zu bekennen. Sollten sie diese Aufforderung nicht ernst nehmen, drohe ihnen die Ausweisung aus dem Dorf. Ihre Felder dürften sie dann auch nicht mehr abernten. Als die Christen sich trotzdem weigern zu konvertieren, werden sie von aufgebrachten Hindu geschlagen.

**50 Christen** werden am **28. Juni 2015** in dem Dorf Narpur (Bundesstaat Rajahstan) gezwungen, zum Hinduismus zu konvertieren. Die Christen stammen aus den Dörfern Nikkach, Nakhnool und Kota. Sie werden von Hindu-Extremisten mit dem Tod und mit der Zerstückelung ihrer Leichname bedroht, sollten sie jemals wieder eine Kirche betreten.

Eine 47 Jahre alte **Nonne** des Salesianer-Ordens wird am **19. Juni 2015** von zwei maskierten Männern in einem christlichen Krankenhaus in Raipur (Bundesstaat Chhattisgarh) **vergewaltigt**. Der Fall löst in Indien großes Entsetzen und zahlreiche Proteste aus.

**Vier christliche Adivasi-Familien** werden von Hindu-Extremisten am **4. Juni 2015** aus ihrem Dorf Kullu (Bundesstaat Jharkhand) vertrieben. Die Ureinwohner sind mehr als 20 Jahren Christen und engagieren sich in der evangelisch-lutherischen Kirche. Eine **fünfte Familie**, die sich erst kürzlich zum Christentum bekannt hat, wird ebenfalls von Hindu-Nationalisten angegriffen und muss den Ort verlassen. Auch **Pastor Moosa Minj** wird unter Druck gesetzt. Als er Todesdrohungen erhält, sein Haus verwüstet und geplündert wird, verlässt auch er am 15. Juni 2015 das Dorf. Vergeblich hatten die Christen die Polizei mehrfach um Schutz und Hilfe gebeten.

Am **14. März 2015** dringen mutmaßlich sechs Männer in das Kloster Jesus und Maria in Ranagath (Bundesstaat West Bengal) ein, verwüsten und plündern die Schule, stehlen Geld, brechen den Tabernakel auf, entweihen sakrale Gegenstände und **vergewaltigen** eine 74 Jahre alte **Nonne**. Drei andere ältere Nonnen werden von den Angreifern geschlagen. Der Fall löst Empörung in Indien aus. Ministerpräsident Modi äußert seine „tiefe Besorgnis“ über die Gewalttat. Der Vorsitzende der Katholischen Bischofskonferenz Indiens, Kardinal Baselios Cleemis, fordert die Regierung nachdrücklich auf, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. „Indien sollte sich um das Wohlergehen seiner Bürger genauso sorgen wie um das Wohl der Kühe“, bekräftigt der Kardinal (The Hindu, 18.3.2015).

### 3.6 Zwiespältige Haltung des Premierministers

Hundert Tage nach Amtsantritt der Regierung Modi reißt der „Katholischen Bischofskonferenz Indiens“ im November 2014 der Geduldsfaden. Sehr deutlich verurteilt das bedeutendste Gremium der Katholischen Kirche das Schweigen Modis zu

## Indien: Hindu-Nationalisten bedrohen Religionsfreiheit

den zunehmenden Übergriffen auf religiöse Minderheiten. Die neue Regierung trete in der Öffentlichkeit nicht offen gegen Minderheiten auf, aber sie sage und tue nichts, um rechtsgerichtete religiöse Gruppen zu stoppen, die Minderheiten angreifen. „So wird die Regierung zum Komplizen“, erklärt Vater Charles Irudayam, der Vorsitzende der Kommission für Gerechtigkeit, Frieden und Entwicklung der Katholischen Bischofskonferenz (UCAN, 6.11.2014). Im Bundesstaat Chhattisgarh hätten rechtsgerichtete religiöse Gruppen der Mehrheitsbevölkerung noch mehr Gewalt ausgeübt, sagt Irudayam. Dort hätten Extremisten Missionare und katholische Kirchenleute daran gehindert, in bestimmte Regionen zu reisen oder Dörfer zu besuchen. Daher habe die Katholische Bischofskonferenz einen förmlichen Protest bei der Regierung eingereicht. „Die Bundesregierung von Narendra Modi hat diese Gewalt niemals verurteilt“, kritisiert Irudayam. „Dieses Schweigen bedeutet, dass die Regierung den Ansatz und die Ideologie teilt, dass Indien für Hindus reserviert ist. Aber diese Idee verstößt gegen unsere Verfassung, die eine demokratische und pluralistische Nation beschreibt. Es liegt in der Verantwortung der Regierung, die Verfassung zu achten und ihre Respektierung auch durchzusetzen.“ (UCAN, 6.11.2014)

Als US-Präsident Barack Obama Ende Januar 2015 Indien besucht, setzt er sich nachdrücklich für die Beachtung der Glaubensfreiheit insbesondere religiöser Minderheiten ein. „Keine Gesellschaft ist immun vor den dunkelsten Instinkten der Menschen. Indien wird erfolgreich sein, solange es sich nicht aufsplittert entlang unterschiedlichen religiösen Glaubens“, erklärte Obama (Guardian, 27.1.2015). Nachdrücklich warnte der US-Präsident auch vor den Folgen eines Ansehensverlustes, sollten religiöse Minderheiten ausgegrenzt werden.

Diese deutlichen Warnungen verstand auch Modi, der sich daraufhin nur wenige Wochen später erstmals öffentlich zur Glaubensfreiheit in Indien äußerte. Die Respektierung aller Religionen „muss in der DNA aller Inder sein“, erklärte der Premierminister am 17. Februar 2015. „Die Regierung wird nicht irgendeiner religiösen Gruppe, ob sie zu einer Minderheit oder Mehrheit gehört, erlauben, verdeckt oder offen Hass gegen andere zu säen. ... Meine Regierung zeigt den gleichen Respekt gegenüber allen Religionen....Jeder hat das unveräußerliche Recht, eine Religion seiner / ihrer Wahl ohne Zwang oder unangemessenen Einfluss anzunehmen oder zu behalten“, betonte Modi (The New York Times, 17.2.2015).

Modis beruhigende und vermeintlich klärende Worte wurden sehr positiv von Vertretern der Minderheiten-Religionen aufgenommen. Doch ihre Hoffnung erfüllte sich nicht, dass diesem Machtwort des einflussreichsten Politikers nun auch Taten folgen und die Regierung und Behörden entschieden Gewalt gegen religiöse Minderheiten unterbinden würden. Im Gegenteil: Religiöse Hindu-Extremisten fühlten sich durch das Handeln der

Regierung bestätigt und setzt ihre Kampagnen zur Hinduisierung der Gesellschaft und zur Ausgrenzung religiöser Minderheiten fort.

So klagte der Premierminister bei einer Rede auf einem internationalen Buddhisten-Kongress am 4. September 2015, ohne direkt auf die Situation in Indien einzugehen, „unverantwortliche nicht-staatliche Akteure an, die inzwischen große Gebiete kontrollierten“ und dort „barbarische Gewalt gegen unschuldige Menschen“ ausübten (The Indian Express, 4.9.2015). Die Anspielung auf den Terror des „Islamischen Staates (IS)“ im Nahen Osten muss bei vielen indischen Christen und Muslimen seltsame Gefühle ausgelöst haben, unterscheidet sich doch ihre Lage in manchen ländlichen Regionen Indiens nur graduell von der Situation in vom IS kontrollierten Gebieten im Nahen Osten.

### **4. Keine Gerechtigkeit für Opfer des Kandhamal-Pogroms**

Auch mehr als sieben Jahre nach pogromartigen Übergriffen von Hindu-Nationalisten auf Christen in der Region Kandhamal (Bundesstaat Orissa) gibt es noch immer keine Gerechtigkeit für die Opfer der Gewalt. Ausgelöst wurden die Übergriffe durch die Ermordung von Laxmananda Saraswati, eines Führers der Hindu-nationalistischen Vishwa hindu Parishad – Bewegung (VHP), am 23. August 2008. Obwohl sich maoistische Naxaliten-Kämpfer zu der Gewalttat bekannten, machten Hindu-Nationalisten Christen für den Mord verantwortlich und lancierten eine seit langem geplante und organisierte massive Kampagne zur Einschüchterung und Bedrohung von Christen.

Viele Überlebende der von den Hindu-Nationalisten organisierten pogromartigen Übergriffe haben sich inzwischen einer Selbstorganisation, dem „Kandhamal Komitee für Gerechtigkeit und Frieden (Kandhamal Nyaya Shanti Samaj Sadbhabana O)“ angeschlossen, um sich für eine Aufarbeitung der Verbrechen und für eine angemessene Entschädigung zu engagieren. Zum siebten Jahrestag der schrecklichen Ereignisse am 25. August protestierten 5.000 Christen mit einem Demonstrationzug durch die Stadt Raikia gegen die schleppende Aufklärung der Hintergründe der Gewalt und für eine umfassende Entschädigung der Überlebenden. Auch wandte sich das „Kandhamal Komitee für Gerechtigkeit und Frieden“ mit einem Memorandum an Indiens Staatspräsident Pranab Kumar Mukherjee, in dem es eine negative Bilanz der bisherigen Bemühungen um Gerechtigkeit zog. Eine Delegation der Nichtregierungsorganisation wurde von dem Präsidenten persönlich empfangen und konnte ihm ihr Anliegen vortragen. In ihrem Memorandum fordern sie vor allem eine Bestrafung der Verantwortlichen für die Gewalt, einen angemessenen Schadensersatz für die Betroffenen, eine sichere Rückkehr aller Vertriebenen und Flüchtlinge sowie eine besondere medizinische, psychologische und soziale Betreuung der Überlebenden und ihrer traumatisierten Familienangehörigen.

## Indien: Hindu-Nationalisten bedrohen Religionsfreiheit

Bei den tagelangen Ausschreitungen waren 395 Kirchen und andere religiöse Stätten zerstört sowie 5.600 Häuser in 415 Dörfern niedergebrannt oder verwüstet worden. Auch wurden 35 kirchliche Einrichtungen (Sozialstationen, Kindergärten etc.) beschädigt, in Brand gesetzt oder geplündert. Nach offiziellen Angaben sollen dabei 38 Christen zu Tode gekommen sein. Augenzeugen und Opferverbände gehen jedoch von mindestens 90 Opfern aus. Rund 56.000 Menschen flohen vor der Gewalt, 10.000 von ihnen sind bis heute nicht in ihre Heimatorte zurückgekehrt, weil sie sich dort nicht sicher fühlen (www.asianews.it, 14.9.2015). Mehr als 10.000 Kinder konnten monatelang keine Schule besuchen.

Die Bilanz der juristischen Aufarbeitung ist erschreckend dürftig, stellen die Opfer in ihrem Memorandum fest. So wurden zwar 3.232 Beschwerden und Anzeigen eingereicht, doch nur 825 wurden offiziell von der Polizei aufgezeichnet und bearbeitet. Von diesen 825 erstatteten und bearbeiteten Anzeigen stammten nur 605 von den Opfern der Gewalt und nahmen deren Interessen wahr. Die Christen in Kandhamal beklagen, dass trotz umfassender Dokumentation aller Menschenrechtsverletzungen während der pogromartigen Übergriffe 302 der von ihnen angestrebten Ermittlungsverfahren wegen angeblichen Fehlens „stichhaltiger Beweise“ eingestellt wurden. Auch sieben Jahre nach der Gewalt sind bislang nur 273 Verfahren vor Gericht verhandelt worden. Von 4.000 Personen, die der Anwendung von Gewalt verdächtigt wurden, sind bis heute nur 492 verurteilt worden, kritisierten Überlebende auf einer Pressekonferenz in New Delhi am 8. September 2015 (UCAN, India, 14.9.2015). Nachdrücklich fordern die Christen in Kandhamal, bereits wegen angeblichen Mangels an Beweisen oder anderer Unzulänglichkeiten beendete Ermittlungs- oder Gerichtsverfahren wieder zu eröffnen, um der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen. Auch müsse geklärt werden, warum die Polizei in so vielen Fällen Anzeigen von Opfern nicht ordnungsgemäß nachging.

Die ehemalige Abgeordnete des Indischen Oberhauses Brinta Barat warf der Justiz gleich doppeltes Versagen vor. So sei es „unglücklich“, dass sieben „unschuldige Christen“ für den Mord an dem Hindu-nationalistischen spirituellen Führer Laxmananda Saraswati, der die gesamte Gewalt auslöste, verurteilt worden seien, obwohl maoistische Naxaliten-Rebellen öffentlich die Verantwortung für die Gewalttat übernommen hätten. Auch kritisierte die frühere Parlamentarierin die langsame und wenig transparente Arbeit des Justizapparates (asianews.it, 14.9.2015).

Das „Kandhamal Komitee für Gerechtigkeit und Frieden“ hofft nach dem Gespräch mit dem Staatspräsidenten darauf, dass sich Präsident Mukherjee für eine angemessene Entschädigung für die Überlebenden sowie für einen besseren Schutz der christlichen Minderheit in Orissa einsetzen wird. Denn rund 10.000 aus Kandhamal geflohene Angehörige der Minderheit fürchten noch immer neue Anfeindungen durch Hindu-Extremisten und zögern, in ihre Heimatdörfer zurückzukehren. Trotz zahlreicher

Versprechen eines umfassenden und großzügigen Schadensersatzes sind die Fakten ernüchternd. Bislang sind nach Angaben des Menschenrechtsaktivisten Vater Ajay Kumar Singh nur sieben Millionen Rupien Schadensersatz gezahlt worden, obwohl Schäden in Höhe von 900 Millionen Rupien (rund 14 Millionen Euro) festgestellt und angezeigt wurden (UCAN, India, 7.9.2015).

### 5. Übergriffe auf religiöse Stätten von Minderheiten

Sowohl christliche Kirchen als auch muslimische Moscheen sind in Indien immer häufiger Ziel von Attacken von Hindu-Nationalisten. Offizielle Statistiken beschönigen die alarmierende Situation oft. So wird religiös motivierte Gewalt zum Beispiel als einfaches Einbruchsdelikt verzeichnet. Die Polizei in New Delhi registrierte im Jahr 2014 nach offiziellen Angaben drei Einbrüche in Kirchen, 206 Diebstähle in Tempeln, 14 Einbrüche in Moscheen und 30 Eigentumsdelikte in Gurdwaras, den religiösen Stätten der Sikhs (The Indian Express, 17.2.2015).

Auffallend ist in diesen Polizei-Statistiken die **deutliche Zunahme von Eigentumsdelikten in religiösen Stätten** in New Delhi. Während im Jahr 2012 nur 48 entsprechende Delikte registriert wurden, waren es im Jahr 2013 bereits 85 Einbrüche und im Jahr 2014 stieg die Zahl nochmals auf 253 Delikte an (The Indian Express, 17.2.2015). New Delhis Polizeichef Bassi beteuerte im Februar 2015, keiner der sechs seit November 2014 registrierten Brände in christlichen Kirchen oder Schulen in der Hauptstadt habe einen religionsfeindlichen Hintergrund (The Indian Express, 17.2.2015).

Doch Christen zeigten sich von solchen Beteuerungen nicht beeindruckt und protestierten zu Tausenden in den Straßen New Delhis gegen die eskalierende Gewalt gegen religiöse Minderheiten. „Genug ist genug! Was tut die Polizei?“ riefen die Demonstranten und forderten einen wirksameren Schutz der religiösen Stätten der Minderheiten (Associated Press, 5.2.2015). Als sie zum Innenministerium ziehen wollten, um auf ihre Bedrohung aufmerksam zu machen, nahmen Polizisten hunderte Demonstranten fest, unter ihnen auch mehrere Priester und Nonnen. Im Laufe des Tages wurden sie wieder freigelassen.

Auch New Delhis Erzbischof Anil Couto glaubt den beschwichtigenden Bemerkungen des Innenministers nicht mehr. „Da mehrere Kirchen angegriffen, verwüstet und in Brand gesetzt werden, zeichnet sich ein deutliches Muster abgestimmter Attacken ab“, erklärte der Erzbischof (Associated Press, 5.2.2015). Auch der Pfarrer der am 2. Dezember 2014 in New Delhi ausgebrannten Sankt-Sebastian-Kirche, Vater Anthony Francis, widerspricht den Behauptungen der Polizei, die Brände gingen auf Kurzschlüsse in elektrischen Anlagen zurück. Bei dem Feuer wurden der Altar, die Bibel, das Kreuz und große Teile des Innenraums zerstört. Die große Kirche in dem Stadtviertel East Delhi war erst im Jahr 2001 errichtet worden. Da der Pfarrer die Unfall-Theorie der Polizei nicht für

glaubwürdig hielt, suchte er selbst nach den Brandursachen. Dabei entdeckte er Ölsuren von Brandbeschleunigern. Der Pfarrer musste die Polizei erst auf diese Spuren aufmerksam machen und sie drängen, auch bei ihren offiziellen Ermittlungen dem Verdacht auf Brandstiftung ernsthaft nachzugehen (BBC, 12.8.2015). Doch auch neun Monate nach dem mysteriösen Brand in der Sankt-Sebastian-Kirche sowie in mehreren anderen Kirchen in der indischen Hauptstadt ist noch immer kein Tatverdächtiger festgenommen worden.

Der Sprecher der Katholischen Erzdiözese New Delhi, Vater Savarimathu Sankar, forderte nach den Bränden in Kirchen einen effektiveren Schutz christlicher Gotteshäuser. Angesichts der vielen Proteste von Christen ordnete Bundesinnenminister Rajnath Singh an, die 225 Kirchen in der Stadt besser zu schützen. Delhis Polizeipräsident Bassi wurde mit einer umfassenden Untersuchung der Vorfälle beauftragt. Es konnte kaum verwundern, dass sein an den Bundesinnenminister gerichteter Untersuchungsbericht die zuvor von der Polizei geäußerten Einschätzungen bestätigte und jeden Verdacht religiös motivierter Gewalt leugnete. Die Veröffentlichung des Berichts am 1. Mai 2015 nutzten Hindu-nationalistische Medien, um ausführlich über die Ergebnisse der Untersuchung zu berichten. Die Polizei zeigte sich darin davon überzeugt, dass die Vorfälle in den Kirchen durch Einbrüche von Dieben, Kurzschlüsse in defekten Elektroleitungen sowie durch persönliche Konflikte ausgelöst wurden (OneIndia, 1.5.2015).

Die zunehmende Zahl von Übergriffen auf religiöse Stätten ist auch völkerrechtlich problematisch, da sie von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete Erklärungen und Resolutionen des UN-Menschenrechtsrates verletzt. So verpflichtete sich auch Indien mit der Verabschiedung der **„Erklärung über die Eliminierung aller Formen der Intoleranz und der Diskriminierung, die auf Religion und Glauben beruhen“ (A/RES/36/55)** im Jahr 1981 in der **Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Freiheit der Religionsausübung in heiligen Stätten**. So heißt es in Artikel 6a der Erklärung: „Das Recht auf Freiheit der Gedanken, des Gewissens, der Religion und des Glaubens umfasst das Recht zur Religionsausübung und zur Versammlung in Verbindung mit Religion oder Glauben sowie Stätten zu diesen Zwecken aufzubauen und aufrechtzuerhalten.“ So ist der Schutz von Kirchen in dieser UN-Erklärung umfassend geregelt.

Auch in der **Resolution des UN-Menschenrechtsrates 6/37** vom 14. Dezember 2007 wird der Schutz religiöser Stätten betont. So heißt es in Artikel 9e: „Der Menschenrechtsrat fordert die Staaten auf, ihr Bestes zu tun, um in Übereinstimmung mit der nationalen Gesetzgebung und dem Völkerrecht und dem internationalen humanitären Recht sicherzustellen, dass religiöse Stätten und Plätze, Schreine und Symbole umfassend

beachtet und geschützt werden und zusätzliche Maßnahmen in Fällen zu ergreifen, wenn sie von Entweihung und Zerstörung bedroht sind.

### 6. Indiens Muslime – verarmt, diskriminiert und ausgegrenzt



*Nachmittags-Gebet von Muslimen in Mumbai. Foto: Karl Grenet / Flickr CC BY-NC-ND 2.0*

Indiens 180 Millionen Muslime haben die Regierungsübernahme von Premierminister Narendra Modi im Mai 2014 mit besonderer Aufmerksamkeit und Sorge verfolgt. Denn viele Muslime machen Modi dafür verantwortlich, dass mindestens 790 Muslime und 254 Hindus bei schweren Pogromen im von der BJP regierten Bundesstaat Gujarat im Jahr 2002 getötet wurden. Das Schicksal von mehr als 220 bei den damaligen Ausschreitungen Verschwundenen ist noch immer nicht geklärt. Damals war Modi Chefminister des Bundesstaates. Bis heute werfen ihm Kritiker vor, nach Ausbruch der Gewalt zu lange untätig geblieben zu sein, so dass sich die Auseinandersetzungen zu einem Pogrom gegen die muslimische Bevölkerung entwickeln konnten.

Die Muslime zählen zu den ärmsten Bevölkerungsschichten Indiens. Der damalige Ministerpräsident Manmohan Singh ernannte daher im Jahr 2005 ein siebenköpfiges Komitee unter Vorsitz des früheren Hohen Richters Rajinder Sachar, um die soziale Lage der Minderheit und die Perspektiven für ihre erfolgreiche Förderung und Gleichstellung in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu untersuchen. Am 30. November 2006 legte das so genannte „Sachar-Komitee“ dem Parlament einen 403 Seiten umfassenden Report zur Lage der Minderheit vor. Darin kam das Komitee nach Auswertung zahlloser statistischer

## Indien: Hindu-Nationalisten bedrohen Religionsfreiheit

Daten zu dem Schluss, dass Indiens Muslime nach den Adivasi-Ureinwohnern und Dalits sozial die am meisten benachteiligte Bevölkerungsgruppe des Landes sind.

So gibt es in einem Drittel der mehrheitlich von Muslimen bewohnten Dörfer überhaupt keine Schulen. Rund 40 Prozent ihrer größeren Siedlungen verfügen über keine Krankenstationen (Zusammenfassung des Sachar-Komitee-Reports, S.3). Rund 31 Prozent der Minderheitsangehörigen gelten auf der Grundlage der staatlichen Bewertungskriterien als „arm“. Im Landesdurchschnitt sind 22,7 Prozent der Gesamtbevölkerung Indiens arm. Nicht angemessen vertreten sind Muslime auch bei städtischen und staatlichen Einrichtungen. Obwohl sie rund 14 Prozent der Gesamtbevölkerung stellen, wurden nur 2,5 Prozent aller Arbeitsstellen in der öffentlichen Verwaltung an Muslime vergeben.

Das Sachar-Komitee prangerte aber auch die alltägliche Ausgrenzung und Diskriminierung von Muslimen an. Jugendliche werden bei Ausweiskontrollen durch die Polizei aufgrund ihres Glaubens als mutmaßliche Verdächtige angesehen, Wohnungen werden von Immobilienfirmen bevorzugt an „Nicht-Muslime“ vermietet und Frauen mit Kopftüchern in Geschäften missachtet oder angefeindet. Aufgrund der vielen Anfeindungen werden Muslime in den städtischen Zentren immer stärker abgesondert. So leben Bevölkerungsgruppen immer häufiger entlang ihrer ethnischen oder religiösen Linien in bestimmten Stadtvierteln ohne Kontakt zu anderen religiösen Gemeinschaften. Dies fördert nicht das gegenseitige Verständnis und verbessert auch nicht die Chancen für ein friedliches Zusammenleben, sondern schürt die Spannungen zwischen den verschiedenen Gemeinschaften. So reicht oft die Verbreitung eines Gerüchts aus, um interreligiöse Auseinandersetzungen mit hunderten Toten zu provozieren.

Muslime werden auch nicht speziell wirtschaftlich, sozial oder kulturell gefördert, wie andere benachteiligte Bevölkerungsgruppen, die im Rahmen eines Quotensystems eine besondere Förderung zum Beispiel im Bildungs- und Ausbildungsbereich erhalten. Nach der Veröffentlichung des „Sachar-Komitee-Reports“ will die indische Regierung mit dem im Jahr 2008 begonnenen „Multi-Sektoralen–Entwicklungsprogramm (Multi-Sectoral Development Programme, MSDP)“ besonders benachteiligte Gruppen wie die Muslime fördern. Das Programm soll vor allem in 90 Bezirken in 20 Bundesstaaten, in denen besonders viele Minderheiten leben, die Infrastruktur verbessern helfen. Doch in den meisten dieser Bezirke stellen die Muslime weniger als 25 Prozent der Bevölkerung. So werden mit diesem ambitionierten Entwicklungsprogramm nur 30 Prozent der muslimischen Bevölkerung des Landes erreicht.

Als weitgehend ineffizient erwiesen sich bei einer gezielten Förderung von Muslimen auch die Nationale Minderheiten-Kommission (National Commission for Minorities, NCM) und das „Ministerium für Minderheiten-Fragen“. Der NCM fehlt es an politischer und finanzieller Selbstverwaltung, um sich wirksam für die Minderheiten einsetzen zu

können. In den Jahren 2009/2010 wandte die Kommission mehr als 70 Prozent ihres Budgets für die Bezahlung ihrer eigenen Angestellten auf ([www.infochangeindia.org](http://www.infochangeindia.org), Persistent Exclusion of Muslims in India). Die soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung der Muslime wird von der NCM und dem „Ministerium für Minderheiten-Fragen“ jedoch kaum berücksichtigt. Auch fehlt es an einer wirksamen Koordination der Arbeit zwischen dem Ministerium und den Bundesstaaten.

Die angesehene indische Schriftstellerin und Menschenrechtsaktivistin Arundhati Roy ist sehr besorgt über die Ausgrenzung der muslimischen Minderheit. „Es ist nicht einfach, dass du losgehst und Muslime tötest oder sie verjagst, es geht nicht nur darum, dass ihre Häuser niedergebrannt werden, es geht darum, dass ihnen keine Jobs gegeben werden, dass ihnen Plätze verweigert werden, an denen sie bleiben können, dass Terror ihr Leben bestimmt“, sagt Roy (BBC, 12.8.2015). „Während Modi vorgibt, ein Staatsmann zu sein, zu verschiedensten Orten reist und gedrängt wird, die Sprache der Vielfalt zu sprechen, werden zuhause die Schläger losgelassen“, meint die kritische Schriftstellerin.

Angesichts zunehmender Gewalt und Ausgrenzung durch die hinduistische Mehrheitsgesellschaft suchen Muslime immer öfter Lebensperspektiven in der Nähe ihrer Glaubensbrüder und -schwestern. Politisch und gesellschaftlich sind Indiens Muslime sehr viel weniger organisiert und zusammengeschlossen als die Christen. Doch trotzdem formiert sich auch unter ihnen inzwischen mehr Widerstand gegen das Schweigen und die Untätigkeit der Behörden zu der Gewalt.

Als im **Mai 2015** in Kairana im Bezirk Muzzfarnagar Muslime auf einer Demonstration einen entschiedeneren Einsatz der Polizei gegen Hindu-nationalistische Gewalt fordern, wird **aus einem Polizeiauto auf die Muslime geschossen**. Der 18 Jahre alte Deen Mohammad wird durch die Kugeln schwer verletzt und bleibt dauerhaft querschnittsgelähmt (BBC, 12.8.2015).

Eine Gruppe von zehn Hindus schlagen im **April 2015** den muslimischen Arbeiter Faizan auf dem Rückweg von seiner Arbeitsstätte in New Delhi in dem Dorf Shamli nieder und rauben ihn aus. Bevor sie von dem 26-Jährigen ablassen, reißen sie ihm noch seinen Bart ab. Zwar nahm die Polizei eine Anzeige des Überfallenen auf, doch weiter geschah monatelang nichts (BBC, 12.8.2015). Heute hat Faizan Angst und traut sich kaum auf die Straße, weil er fürchtet, erneut von extremistischen Hindus überfallen und misshandelt zu werden.

**Anfang April 2015** tötet die Polizei fünf muslimische Untersuchungshäftlinge im Bundesstaat Telangana und 20 muslimische Holzfäller im Bezirk Nalgonda im Bundesstaat Andhra Pradesh (IANS, 13.4.2015). Menschenrechtsbeobachter gehen von einem **Vergeltungsakt** für einen Angriff mutmaßlicher maoistischer Naxaliten-Rebellen auf Ordnungskräfte aus. Das „United Muslim Action Committee“, ein Dachverband

muslimischer Organisationen, protestiert bei der Regierung Telanganas am 8. April 2015 und verlangt eine unabhängige Untersuchung der Vorfälle.

Fünf muslimische Geistliche aus dem Bundesstaat Maharashtra werden auf einer Zugfahrt am **1. Mai 2015** im Bahnhof Baraut nahe dem Ort Shamli (Bundesstaat Uttar Pradesh) von einer Gruppe Hindus beleidigt, geschlagen und ausgeraubt. Nach Bekanntwerden des Übergriffs blockieren aufgebrachte muslimische Demonstranten Bahn- und Straßenverbindungen in der Umgebung Shamlis. Es kommt zu massiven Auseinandersetzungen der Demonstranten mit der Polizei, bei denen mindestens 16 Polizisten und eine unbekannte Zahl Demonstranten verletzt werden (The Times of India, 3.5.2015).

In dem Ort Aligarh (Bundesstaat Uttar Pradesh) nehmen **Ende April 2015** die Spannungen zwischen Muslimen und Hindus massiv zu, weil die muslimische Gemeinde ihre Moschee erweitern will. Die lokale Verwaltung ordnet daraufhin einen Baustopp an (Daily Mail India, 4.5.2015).

In Saharanpur (Bundesstaat Uttar Pradesh) wird am **2. Mai 2015** der sieben Jahre alte Muslim Muzaquir von einem Bus überfahren und getötet. Eine aufgebrachte Menschenmenge wirft der Polizei vor, den hinduistischen Busfahrer zu decken und nicht ernsthaft Ermittlungen gegen ihn einzuleiten.

Im Bundesstaat West Bengal kritisieren führende Vertreter der muslimischen Glaubensgemeinschaft die katastrophale Situation der Muslime. Der Regierung West Bengals werfen prominente muslimische Führer wie Qari Fazlur Rahman, ihre vollmundigen Ankündigungen zu einer Verbesserung des Status von Muslimen, die sie vor vier Jahren machte, nicht umgesetzt zu haben. So wurden im Bildungsbereich viele muslimische Schulen noch nicht anerkannt. So wurden statt der versprochenen 10.000 Madrasas bislang nur 134 von den Behörden als Bildungseinrichtungen anerkannt (The Indian Express, 19.7.2015).

## 7. Ergebnisse der Volkszählung von Hindu-Nationalisten instrumentalisiert

Mehr als drei Jahre nach der Volkszählung des Jahres 2011 veröffentlichten die indischen Behörden im Sommer 2015 erste Ergebnisse über die Religionszugehörigkeit der Bürgerinnen und Bürger. In der öffentlichen Debatte wurde vor allem betont, dass der Anteil der muslimischen Bevölkerung von 11,7 Prozent im Jahr 1991 auf 14,2 Prozent im Jahr 2011 gewachsen sei (The Indian Express, 1.9.2015).

Bevölkerungsforscher erklären diesen Zuwachs mit einer niedrigen Sterblichkeitsrate sowie mit einer höheren Zahl von Kindern, die in muslimischen Familien geboren werden. Bevölkerungswachstum und Bildungsstand sind nach Erkenntnissen der

## Indien: Hindu-Nationalisten bedrohen Religionsfreiheit

Forscher eng miteinander verbunden. Eine alle Bevölkerungsgruppen erfassende Grundschulausbildung von drei bis fünf Jahren würde nach Untersuchungen indischer Forscher bereits zu einem nachhaltigen Rückgang der Kinderzahl in den Familien führen (Financial Times, 31.8.2015). Je höher das Bildungsniveau der Mutter ist, desto weniger Kinder hat sie gewöhnlich. Dabei gelten muslimische Familien noch immer als die Ärmsten auf dem Subkontinent. Auch das Bildungsniveau muslimischer Frauen nimmt nur vergleichsweise langsam zu. Dabei hat auch die durchschnittliche Zahl von Kindern in muslimischen Familien von 5,6 im Jahr 1991 auf 4,9 zwanzig Jahre später abgenommen.

Bezeichnend ist die deutlich geringere Familiengröße bei den zumeist wohlhabenderen Christen und Sikh. So nahm die Zahl der Kinder in christlichen Familien von 3,8 (Jahr 1991) auf 2,9 (Jahr 2011) ab. Auch bei den Sikh ging die Zahl der Kinder von 3,9 (Jahr 1991) auf 3,1 (Jahr 2011) deutlich zurück.

Mit großer Besorgnis registrierten Hindu-Nationalisten, dass ihr Bevölkerungsanteil rückläufig ist. Machten Hindus im Jahr 1991 noch 83 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, so waren es im Jahr 2001 nur noch 80,46 Prozent und im Jahr 2011 nur mehr 79,79 Prozent (www.patheos.com, 10.9.2015).

Hindu-nationalistische Politiker sahen in den Zahlen einen Beleg für ihre These, dass die Hindu-Mehrheit in Indien in Gefahr ist. „Wenn die Hindu-Bevölkerung unter 80 Prozent rutscht, sollten die Alarmglocken schellen“, erklärte Rakesh Sinha, der Leiter der „India Policy Foundation“ in New Delhi (Financial Times, 31.8.2015). Und Yogi Adityanath, Abgeordneter der BJP-Partei, spricht von einem „gefährlichen Trend“.

Sakshi Maharaj, ein anderer BJP-Parlamentarier, forderte, alle Hindu-Frauen müssten mindestens vier Kinder bekommen, um mit dem Wachstum der muslimischen Bevölkerung mitzuhalten. „Das Konzept von vier Frauen und 40 Kindern wird in Indien nicht funktionieren, und die Zeit ist gekommen, dass eine Hindu-Frau mindestens vier Kinder bekommen muss, um die Hindu-Religion zu schützen.“ (The Nation, Pakistan, 21.8.2015) Der Abgeordnete ist wegen seiner Hetzparolen gefürchtet. Im Dezember 2014 hat er schon eine große Kontroverse ausgelöst, als er den Mörder von Mahatma Gandhi als „Patrioten“ lobte. Indiens Freiheitsheld, der sich friedlich im Kampf gegen die britischen Kolonialherren engagierte, wurde von dem Hindu-Aktivisten Nathuram Godse ermordet. Der Täter warf Gandhi zu viel Toleranz gegenüber Muslimen vor.

Surendra Jain von der Hindu-nationalistischen VHP-Bewegung mutmaßt in der Debatte um die Ergebnisse der Volkszählung sogar, Islamisten „provizieren Muslime, Indien zu einer muslimischen Nation zu machen“ (Financial Times, 31.8.2015). Pravin Togadia, der Präsident von VHP International, forderte, unverzüglich per Gesetz vorschreiben zu lassen, dass muslimische Frauen nicht mehr als zwei Kinder haben dürfen (Frontline, 16.9.2015).

Viele Bevölkerungsforscher deuten die jüngsten Zahlen jedoch anders. Sie sind davon überzeugt, dass das Bevölkerungswachstum der Muslime deutlich abnimmt und sich insgesamt dem Niveau der Entwicklung bei den Hindu annähert. So sank das Bevölkerungswachstum der Muslime von 32,8 Prozent (Jahr 1991) über 29,5 Prozent (Jahr 2001) auf 24,6 Prozent (Jahr 2011). Bei den Hindus war in den vergangenen zehn Jahren eine ähnliche, jedoch nicht ganz so schnelle Entwicklung festzustellen: Von 22,7 Prozent (Jahr 1991) fiel das Bevölkerungswachstum unter ihnen auf 19,9 Prozent (2001) und schließlich auf 16,7 Prozent (2011). So ist der Rückgang des Bevölkerungswachstums bei Muslimen rund 50 Prozent höher als bei Hindus (The Indian Express, 2.9.2015). In den Bundesstaaten Karnataka, Kerala und Tamil Nadu, in denen viel in das Bildungssystem investiert wird, stellen Forscher sogar schon eine ähnliche Bevölkerungsentwicklung bei Hindus und Muslimen fest.

Selbst die stagnierende Zahl von Christen, die seit Jahren rund 2,3 Prozent der Bevölkerung ausmachen, ruft Hindu-nationalistische Kritiker auf den Plan. Sie mutmaßen, dass die Zahl der immer wohlhabenderen Christen nur nicht sinkt, weil sie missionieren und Hindus dazu bewegen, zu ihrem Glauben überzutreten (The Indian Express, 1.9.2015).

Insgesamt stehen in Indien zurzeit 970 Millionen Hindus rund 180 Millionen Muslime und 27,8 Millionen Christen sowie 21 Millionen Sikhs gegenüber.

### **8. Hindu-Nationalisten schüren Streit um Fleisch**

Im indisch kontrollierten Kashmir kam es Mitte September 2015 zu Protesten vor allem der muslimischen Bevölkerung. Am 12. September wurden alle Geschäfte in den Städten Srinagar, Pulwama und Pattan geschlossen und der Nahverkehr eingestellt. Die Polizei ging mit Schlagstöcken und Tränengas gegen die Demonstranten vor, die gegen eine höchstrichterliche Anordnung zur Durchsetzung des Schlachtverbots von Kühen protestierten.

Ein Hindu-nationalistischer Rechtsanwalt hatte mit einer Petition zum Schutz der heiligen Kühe das Höchste Gericht des Bundesstaates Jammu & Kashmir dazu gedrängt, ein entsprechendes 83 Jahre altes Verbot aus der Kolonialzeit zu bekräftigen und zu aktualisieren. Das Gericht hatte daraufhin am 10. September 2015 die Behörden des Bundesstaates aufgefordert, das Gesetz aus dem Jahr 1932 strikt anzuwenden. Es sieht Strafen von bis zu zehn Jahren Gefängnis sowie Geldbußen vor, wenn das Verbot des Schlachtens von Kühen nicht beachtet wird. Auch ordnete das Gericht an, dass kein Rindfleisch in dem Bundesstaat verkauft werden darf (Dawn, 11.9.2015). Rindfleisch gilt in Kashmir als das preiswerteste Fleisch und wird daher vor allem von ärmeren Menschen gegessen. Es ist auch preiswerter als Geflügel oder Fisch und wird daher vor allem von Adivasi-Ureinwohnern oder Dalits gegessen. Hinduistische Dalits organisierten

aus Protest bereits Rindfleisch-Feste, um darauf aufmerksam zu machen, dass sie sich kein anderes Fleisch leisten können.

Der Vizepräsident der BJP-Partei in Jammu & Kashmir, Ramesh Arora, forderte den Staat auf, das vom Gericht bestätigte Verbot des Verkaufs von Rindfleisch in dem Bundesstaat nun konsequent umzusetzen und zu überwachen (The Indian Express, 12.9.2015). Der Verkauf von Rindfleisch ist inzwischen in den meisten Bundesstaaten im Norden und Westen des Landes verboten. Doch die Überprüfung der Einhaltung des Verbots wird schwieriger werden, da Rind- und Büffelfleisch ohne eine DNA-Analyse kaum voneinander zu unterscheiden sind.

Seit fast sieben Jahrzehnten war die Einhaltung der Verbote von den Behörden in dem mehrheitlich von Muslimen bewohnten Bundesstaat nicht mehr ernsthaft überwacht und durchgesetzt worden. Selbst wenn die Kashmiris überwiegend Lamm und Ziegenfleisch und kein Kalb- oder Rindfleisch essen, sehen sie dieses Verbot und dessen nun angeordnete strikte Umsetzung als Angriff auf ihre religiöse Identität als Muslime an.

Nicht nur in Jammu & Kashmir, sondern auch in anderen Bundesstaaten heizen Hindu-Nationalisten die Debatte um den wirksamen Schutz heiliger Kühe und den Fleischverzehr gezielt an und stoßen dabei nicht nur bei Muslimen auf Verständnislosigkeit und Ablehnung. Auch viele gemäßigte Hindu sehen in dieser verallgemeinernden Debatte eine ernste Gefahr für den säkularen Status des Landes, der Mahatma Gandhi und anderen Staatsgründern besonders wichtig war. Doch gerade diesen säkularen Charakter stellen die Hindu-Nationalisten grundsätzlich in Frage, wenn sie Indien öffentlich zum Land der Hindu erklären und Minderheiten-Religionen ausgrenzen. Säkularismus war auch Indiens Antwort auf die Schrecken der Teilung des Landes 1947, als Millionen Hindu, Muslime und Christen wegen ihres Glaubens auf der Flucht waren. Damals bekräftigte der erste Ministerpräsident des neu entstandenen Landes, Jawarharlal Nehru, die Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften sei eine wichtige und sinnvolle Grundvoraussetzung für das Zusammenleben mit Millionen Muslimen, die sonst fliehen müssten (BBC, 4.4.2015). Die Hindu-Nationalisten stellen heute somit auch die Grundfesten des Staates und des Zusammenlebens in dem Vielvölker- und Vielreligionen-Staat in Frage. Zwar hat Modi mehrfach öffentlich den säkularen Charakter des Landes betont, doch seine BJP-Partei unterstützt nach Kräften alle Bemühungen von Hindu-Nationalisten, das Schlachten von Tieren zu untersagen.

Nicht nur Hindutva-Extremisten verschiedener radikaler Hindu-Bewegungen wie RSS und VHP mobilisieren um das hochemotionale Thema der heiligen Kühe. Auch Ministerpräsident Narendra Modi hatte in seinem Wahlkampf 2014 dieses Thema aufgegriffen, als er der damaligen Regierung unter der Kongress-Partei vorwarf, mit ihrer Förderung der Fleischproduktion gegen den Schutz der Kühe zu verstoßen (Al Jazeera,

12.9.2015). Hindu-Nationalisten kämpfen dafür, die Fleischproduktion und den Fleischkonsum insgesamt einzuschränken, obwohl der heilige Status der Kühe in keiner Weise durch die Fleischproduktion gefährdet ist. Doch die Hindu-Extremisten suchen nach immer neuen populären Parolen, um den hinduistischen Charakter des Landes zu betonen und Angehörige von Minderheitenreligionen einzuschränken. Da viele Muslime als Metzger arbeiten oder Schlachthöfe unterhalten, sind sie von dieser Kampagne auch wirtschaftlich existentiell betroffen. Auch Restaurants, Gasthöfe und die Lederwirtschaft (die Rinderfelle nutzt) warnen vor den wirtschaftlichen Folgen umfassender Verbote.

Rund 30 Prozent aller Inder sind vor allem aus religiösen Gründen Vegetarier (Financial Times, 10.9.2015). Hindu-Nationalisten behaupten oft, der Fleischverzehr sei von Muslimen in Indien eingeführt worden, um die Angehörigen der Minderheiten-Religion auszugrenzen und zu diffamieren. Doch diese Demagogen blenden aus, dass schon in indischen Texten, die tausend Jahre vor der Geburt Mohameds und der Entstehung des Islam geschrieben wurden, von Menschen die Rede war, die Fleisch aßen.

Dabei ist Indien unter der Regierung Modi im Jahr 2014 ironischerweise zum größten Fleischexporteur der Welt geworden. Mit 2,08 Millionen Tonnen ausgeführtem Fleisch lag das Land im Jahr 2014 deutlich vor Brasilien, weil es günstigere Preise anbieten konnte und mit dem Export des besonders günstigen Büffelfleischs für die industrielle Herstellung von Fleischprodukten sehr interessant ist (The Indian Express, 12.8.2015). Millionen Menschen leben in Indien von der Fleischwirtschaft. Von 2009 bis zum Jahr 2014 vervierfachte sich Indiens Erlös bei der Fleischausfuhr von 1,1 Milliarden Euro auf 4,7 Milliarden Euro. So wurde Rindfleisch vor Basmati-Reis zum wichtigsten Agrarexportprodukt des Landes. Der größte Teil dieses Exports geht nach Vietnam, China, Malaysia, Ägypten, Thailand und Saudi-Arabien.

Das Schlachten von Kühen und Rindern ist ein Tabu-Thema in Indien. In 24 der 29 Bundesstaaten gibt es unterschiedliche gesetzliche Bestimmungen, die den Umgang mit Kühen regeln. Der Oberste Gerichtshof des Landes bestätigte in einer Grundsatzentscheidung am 26. Oktober 2005 die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen, die das Schlachten von Kühen verbieten. Doch die Regeln fallen sehr unterschiedlich aus. Während in vielen Bundesstaaten nur das Töten von Kühen verboten ist, wird in anderen auch der Umgang mit Rindern, Kälbern, Ochsen, Stieren und Büffeln geregelt. Das Schlachten von Büffeln, die im Hinduismus nicht als heilige Tiere angesehen werden, ist nur in einem Bundesstaat untersagt (BBC, 4.4.2015). Hindu-Nationalisten fordern seit Jahren ein nationales Gesetz, das umfassend das Schlachten von Kühen und Rindern verbietet. Indiens Innenminister Rajnath Singh rief im März 2015 zu einem landesweiten Verbot von Rindfleisch auf. „Wie können wir akzeptieren, dass Kühe in diesem Land geschlachtet werden? Wir werden unser Bestes tun, um dies unter ein Verbot zu stellen

und wir werden alles tun, um dafür einen Konsens zu erreichen“, erklärte der Minister (www.wsj.com, 6.8.2015).

Besonders umstritten war die Einführung eines umfassenden Verbots, Kühe zu schlachten und Rindfleisch zu verkaufen und zu verzehren im Bundesstaat Maharashtra, der bevölkerungsmäßig zweitstärksten Region des Landes. Es ist das weitgehendste Verbot, das bisher in Indien verhängt wurde. Neunzehn Jahre dauerte dort der Streit um die Einführung gesetzlicher Bestimmungen. Im März 2015 unterzeichnete schließlich Staatspräsident Mukherjee ein Gesetz, dass das Schlachten von Kühen, Stieren, Ochsen und Kälbern und den Verkauf sowie Verzehr von Rindfleisch mit bis zu fünf Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe ahndet (BBC, 3.3.2015). Der Bundesstaat Haryana folgte einige Wochen später dem Beispiel Maharashtras. Metzger in Maharashtra befürchten nun, mehrere zehntausend Beschäftigte im Fleischgewerbe könnten aufgrund der neuen Einschränkungen ihre Beschäftigung verlieren. Aber vor allem fürchtet man in der Millionen-Metropole Mumbai (früher Bombay) um den Frieden zwischen den Religionsgemeinschaften.

Denn Hindu-Nationalisten wie Maharashtras Chefminister Devendra Fadnavis von der BJP-Partei plädieren nach dem Erfolg im Fleisch-Streit öffentlich für die Einführung eines umfassenden Alkoholverbots in dem Bundesstaat (dna, 24.7.2015). Zunächst will man jedoch die Ergebnisse von begrenzten Alkoholverboten in den drei Distrikten Gadchiroli, Chandrapur und Warha auswerten. Viele Beobachter sehen diese Entwicklung sehr kritisch, nicht nur wegen der negativen Folgen für das Zusammenleben der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften. Denn in den Bezirken beobachtete man eine starke Zunahme des Schmuggels und Panschens von Alkohol. So starben erst kürzlich 104 Menschen, nachdem sie gepanschten Alkohol getrunken hatten. Doch auch dafür präsentiert die BJP-Partei wieder eine einfache, aber nicht überzeugende Antwort: Sie will die Todesstrafe für das Panschen von Alkohol einführen!

### **9. Gewalt zwischen religiösen Gemeinschaften als Massenphänomen**

Die Gewalt zwischen religiösen und ethnischen Gemeinschaften hat nach Angaben des indischen Bundesinnenministeriums in den ersten fünf Monaten des Jahres 2015 um 24 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Die Zahl der Todesfälle stieg sogar um 65 Prozent an (The Times of India, 22.7.2015). Zwischen Januar und Ende Mai wurden 287 Zusammenstöße registriert. Im Vorjahreszeitraum waren es 232 Auseinandersetzungen. Kamen in den ersten Monaten des Jahres 2014 26 Menschen gewaltsam zu Tode, waren es 2015 bereits 43 Personen. Auch die Zahl der Verletzten stieg beunruhigend von 701 auf 961 an. Vor allem in den Bundesstaaten West Bengal, Haryana, Maharashtra und

Uttar Pradesh eskaliert die Gewalt. Sowohl Christen als auch Muslime und Ahmadiyyah werden regelmäßig Opfer dieser Zusammenstöße.

### 9.1 Übergriffe auf Christen

Am 4. September 2015 drangen 15 mit Knüppeln bewaffnete Hindu-Extremisten in einen Gebetsraum in dem Dorf Hutugdug (Bundesstaat Jharkhand) ein und schlugen die dort versammelten 35 Christen zusammen. Vier Angehörige der Minderheit wurden bei dem Überfall schwer verletzt und mussten stationär im Krankenhaus zur Behandlung aufgenommen werden. Gegen die Angreifer wurde kein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Am 23. August 2015 wurde die christliche Pastorin Rani Gill aus dem Ort Rambagh (Bundesstaat Punjab) von einer Gruppe von Sikhs mit Eisenstangen und Speeren angegriffen. Ein Angehöriger der Gemeinde, der sich schützend vor die Pastorin stellte, wurde mit einem scharfen Messer attackiert, zog sich eine tiefe Wunde zu und musste im Krankenhaus behandelt werden. Schon mehrfach war die Pastorin in den vergangenen sechs Jahren von Sikhs tödlich angegriffen worden. Sie waren dabei zum Teil auch auf das Dach der Kirche geklettert, um auf das Kreuz zu urinieren. Die Angreifer werfen der Kirchenfrau vor, Andersgläubige zu missionieren.

Ebenfalls am 23. August 2015 griffen 30 Anhänger der Hindu-nationalistischen Bewegung Bajrang Dal in dem Dorf Navegaon (Bundesstaat Madhya Pradesh) einen christlichen Gebetskreis an, der aus Sicherheitsgründen in ein Haus verlegt worden war. Die Angreifer beleidigten und schlugen die Gläubigen. Die Extremisten wurden von einer Polizeistreife, die vier Christen und den Hauseigentümer festnahm. Gegen sie wurde ein Ermittlungsverfahren wegen angeblicher Verletzung des Gesetzes über Religionsfreiheit des Bundesstaates sowie wegen Verstößen gegen das Strafgesetzbuch eingeleitet. Erst fünf Tage später wurden sie gegen Zahlung einer Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt.

Nur wenige Tage zuvor bedrohte am 8. August 2015 ein Mob von 500 Hindu eine kleine christliche Gemeinde in dem Dorf Dhanora (Bundesstaat Chhattisgarh), weil sie sich weigerten, sich vom Christentum abzuwenden. Die Christen waren zu einer Dorfversammlung einbestellt worden, auf der sie beschuldigt wurden, andere Dorfbewohner zu ihrem Glauben bekehren zu wollen. Den Christen wurde mit dem Entzug ihrer Ernte und dem Rauswurf aus dem Dorf gedroht, sollten sie sich nicht zum Hinduismus bekennen. Sie wurden geschlagen, als sich weigerten, sich der Erpressung zu beugen.

Rund 700 aufgebrachte Hindu griffen am 6. März 2015 einen Trauerzug von 45 Christen beim Begräbnis eines betagten Mitglieds der Gemeinde auf dem Friedhof der Stadt Faridabad (Bundesstaat Haryana, nahe der Hauptstadt New Delhi) an (Morning Star,

2.4.2015). Später wurden 35 Christen mit Verletzungen ins Krankenhaus eingewiesen. Die Christen flohen schließlich mit dem Leichnam. Selbst als sie in Begleitung von zwei Polizeistreifen zurückkehrten, hinderte der Hindu-Mob sie an der Bestattung. Dabei verfügten sie über alle notwendigen offiziellen Dokumente, um den Friedhof zu nutzen. Hintergrund der gewaltsamen Konflikte ist ein seit langem bestehender Streit um die Bestattung der Verstorbenen. So war der kleinen christlichen Gemeinde zwar schon im Jahr 2008 erstmals ein Stück Land in dem Dorf Budhana als Friedhof zugewiesen worden. Doch Dorfbewohner hinderten sie an der Bestattung ihrer Toten. Gleiches wiederholte sich in einem Nachbardorf nahe der Stadt Pali.

Mehr als 20 Menschen wurden verletzt, als mehrere Hindu-Extremisten der Bewegung Vishwa Hindu Parishad (VHP) bei einer Dorfversammlung in Madhota (Bundesstaat Madhya Pradesh) am 25. Oktober 2014 Christen angriffen (Indian Express, 29.10.2014). Die Spannungen zwischen Hindu und Christen hatten in dem Dorf deutlich zugenommen, seit zwei Wochen zuvor ein führender Vertreter der Hindu-nationalistischen BJP-Partei die Siedlung besucht und zur Unterstützung einer Kampagne zur Bekehrung von Andersgläubigen aufgerufen hatte.

### 9.2 Übergriffe auf Muslime

Noch mehr als Christen sind Muslime von Gewalt zwischen Angehörigen verschiedener Glaubensgemeinschaften betroffen. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Übergriffe radikaler Hindu auf die muslimische Minderheit. So wurden zwischen Mai 2014 und März 2015 von indischen Menschenrechtsgruppen rund 450 gewalttätige Übergriffe auf Muslime und 149 Attacken auf Christen dokumentiert (Menschenrechtsreport: 300 Days, Documenting Sangh Hate and Communal Violence under the Modi Regime, John Dayal, New Delhi, März 2015). Auch in den vergangenen Jahrzehnten kamen vor allem Muslime bei interreligiöser Gewalt in Indien zu Tode. So wurden bei 47 Auseinandersetzungen zwischen Glaubensgemeinschaften und pogromartigen Übergriffen zwischen den Jahren 1986 und 2011 in Indien mindestens 5.500 Muslime und 1.230 Hindu getötet (Studie: Hindu-Muslim Communal Riots in India II(1986-2011), Violette Graff, Juliette Galonnier, Paris, August 2013).

Auch unter der Regierung Modi kam es erneut zu schweren Ausschreitungen gegen die muslimische Minderheit. So wurden in dem Dorf Atali (Bundesstaat Haryana) Muslime zwischen Ende Mai und Juli 2015 mehrfach Opfer von Übergriffen von Hindu-Nationalisten. Nach einem Angriff eines Hindu-Mobs am 25. Mai 2015 mussten 400 muslimische Bewohner des Ortes tagelang in der Polizeistation der Region Ballabgarh Zuflucht suchen, weil sie sich aus Angst um ihr Leben nicht trauten, in ihre Häuser zurückzukehren (Huffington Post India, 30.5.2015). Gezielt wurden mindestens 17 von Muslimen bewohnte Häuser, ein Geschäft sowie ein Lagerhaus eines muslimischen

Händlers von den Extremisten in Brand gesetzt (The Indian Express, 28.5.2015). Insgesamt wurden 20 Häuser niedergebrannt. Augenzeugen berichteten, dass die Angreifer gut organisiert vorgingen und in Gruppen zu zehn mit Baseball-Schlägern bewaffneten Männern mit Brandbeschleunigern in die unverschlossenen Häuser eindringen, während sich die Muslime gerade zum Gebet begeben hatten. Erst eine Stunde nach Beginn der Ausschreitungen erschien die Polizei, um die Situation wieder unter Kontrolle zu bekommen. Die muslimischen Opfer kritisierten scharf das Verhalten der Polizei, die auch 36 Stunden nach Ausbruch der Gewalt noch keine Verantwortlichen für die Übergriffe festgenommen hatte. Mindestens 15 Personen wurden bei den pogromartigen Ausschreitungen verletzt. So berichtete der Muslim Buddhhan Khan, wie die Angreifer seine Hände fesselten, sie mit Benzin übergossen und anzündeten. „Sie sagten mir, dass sei die Bestrafung dafür, dass ich auf ihrem Land eine Moschee bauen wolle“, erklärte der Schwerverletzte nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus gegenüber Journalisten (The Indian Express, 28.5.2015). Ihm war die Flucht nur gelungen, weil junge Muslime erschienen und Widerstand gegen die Angriffe leisteten. Buddhhan Khan nutzte diesen Überraschungsmoment, um zu einem nahegelegenen Schwimmbaden zu fliehen und dort seine brennenden Hände zu löschen. Schwer verletzt wurde bei dem Angriff auch der Muslim Naimuddin, der als Arbeiter auf der Baustelle der umstrittenen Moschee arbeitete. Als der Überfall sich ereignete, hatte er sich auf dem Dach der Moschee versteckt, wurde aber von den Hindu-Extremisten entdeckt. Sie schlugen ihn zusammen und fügten ihm schwere Verbrennungen im Gesicht zu. Naimuddin versuchte sich mit dem Argument zu entschuldigen, auch er stamme aus dem Dorf, doch die Angreifer ließen das nicht gelten und verletzten ihn, um ihn für seine Mitarbeit am Bau der Moschee zu bestrafen.

Der Gewalt liegt ein schon seit längerem bestehender Konflikt um den Baugrund einer vor 30 Jahren in dem Dorf errichteten Moschee zugrunde, die nun erweitert wird. Während die in Atali lebenden Hindu behaupten, ihnen gehöre das Grundstück, erklären die Muslime, der Grund und Boden unterstehe der vom indischen Staat eingerichteten Liegenschaftsbehörde WAKF für muslimische Einrichtungen. Das Gericht von Faridabad gab den Muslimen im März 2015 in einem seit 2009 andauernden Verfahren Recht. Doch Hindu wollen dieses Urteil nicht akzeptieren und fordern weiterhin den Abriss der Moschee, weil sie zu nahe an einem Hindu-Tempel stehe. Obwohl der Bürgermeister des Dorfes nach mehreren Sitzungen mit den Betroffenen der Renovierung und dem Ausbau der Moschee zustimmte, kam es im Mai 2015 zu dem Gewaltausbruch. Gezielt mobilisierte dabei ein politischer Gegner des amtierenden und auf Ausgleich zwischen den verfeindeten Bevölkerungsgruppen hinarbeitenden Bürgermeisters Hindu-nationalistische Extremisten, um zu polarisieren und bei den bevorstehenden Kommunalwahlen die Stimmen der gesamten Hindu-Mehrheit im Ort auf sich zu vereinen.

## Indien: Hindu-Nationalisten bedrohen Religionsfreiheit

Immer wieder brach bis zum 1. Juli 2015 neue Gewalt in dem Dorf aus. Die Nationale Minderheiten-Kommission Indiens zeigte sich nach einem Besuch in dem Ort und einer umfassenden Untersuchung der Vorkommnisse erschüttert und forderte am 3. Juli 2015 den Innenminister Indiens auf, sich verstärkt um einen Schutz der Minderheit in Atali zu kümmern, da lokale Behörden und Polizei damit offensichtlich überfordert seien.

Angriffe auf Muslime sind keine Seltenheit in Indien. Am 5. Juli 2015 kam es in dem Dorf Tikri Brahman (Bundesstaat Haryana) zu schweren Ausschreitungen gegen Muslime, bei denen zwölf von Angehörigen der religiösen Minderheit bewohnte Häuser geplündert und verwüstet wurden. Mindestens 27 der 39 Verletzten waren Muslime. Mehrere Personen erlitten bei den gezielt erfolgten Angriffen Brandverletzungen. Die Gewalt ging vor allem von Hindu-Nationalisten aus, die nicht in dem Dorf leben, erklärten Augenzeugen. Ein später entsandtes Untersuchungsteam der Nationalen Minderheiten-Kommission bestätigte diese Einschätzung ( Visit-Report of the National Commission for Minorities to village Tikri Brahman, District Palwal, Haryana on 09.07.2015).

Ebenfalls am 5. Juli 2015 brachen in der Stadt Kannauj (Bundesstaat Uttar Pradesh) schwere Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Muslimen aus. Auslöser war ein Streit zwischen dem muslimischen Hauseigentümer Imran Warsi und seinem Hindu-Nachbarn Satish Chandra Gupta, der seit vielen Jahren ein Ladengeschäft in dem Haus des Grundbesitzers betreibt. Als der Hauseigentümer die Miete erhöhen wollte, weigerte sich der Ladenbetreiber, diese zu zahlen. Daraufhin räumte der Hauseigentümer das Geschäft leer. Schließlich eskalierte der Konflikt, als Hindu-Nationalisten den Mietstreit zur Hetze gegen Andersgläubige nutzten. Schließlich schlossen sich Dutzende Hindu und Muslime in den Straßen zusammen und griffen sich gegenseitig an. Dabei wurde ein Muslim getötet. Er erlag einer Schussverletzung.

Augenzeugen machten den Aktivisten der Hindu-nationalistischen RSS-Bewegung (Rashtriya Swayamsevak Sangh), Subrat Pathak, für den Ausbruch der Gewalt mitverantwortlich, weil er die Hindu gezielt aufgewiegelt habe. Gegen den hochrangigen RSS-Vertreter wurde deswegen auch Anzeige erstattet. Er war erst am 2. Juni 2015 von der Regierung Modi als Mitglied des "Indischen Rates für Landwirtschaftsforschung" berufen worden, obwohl er bereits mehrfach negativ durch seine Hetze gegen Andersgläubige aufgefallen war (The Indian Express, 9.7.2015).

Allein in der Stadt **Mangalore** (Bundesstaat Karnataka) wurden **139 Fälle ethnisch-religiös motivierter Gewalt** zwischen **Januar und August 2015** registriert, erklärte die angesehene indische Menschenrechtsorganisation „People’s Union for Civil Liberties (PUCL)“ nach Auswertung von Polizei-Protokollen und eigenen Recherchen (Hindustan Times, 27.8.2015). 132 der 139 Gewaltakte gingen nach PUCL-Informationen auf Hindu-nationalistische Organisationen zurück (Hindustan Times, 27.8.2015). Sechs Übergriffe oder Zusammenstöße sind muslimischen Gruppen wie der „Popular Front of India (PFI)“

anzulasten. Weder die nun amtierende Hindu-nationalistische BJP-Regierung noch die zuvor regierende Kongress-Partei konnte die Gewalt stoppen. So wurden in den ersten neun Monate nach Regierungsübernahme durch die BJP 124 Übergriffe in Mangalore registriert. In den neun Monaten zuvor waren unter der Regierung der Kongress-Partei 100 Übergriffe verübt worden (Hindustan Times, 27.8.2015).

Im **August / September 2013** starben in dem 100 Kilometer nördlich von New Delhi gelegenen **Bezirk Muzzafarnagar** (Bundesstaat Uttar Pradesh) mindestens **62 Menschen** ( 42 Muslime und 20 Hindus) bei gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der verschiedenen Glaubensgemeinschaften. Mindestens 93 Menschen wurden bei den Übergriffen verletzt. 50.000 Personen verloren ihre Wohnung oder ihr Haus und flohen vor der Gewalt (India Today, 7.9.2013 / Hindustan Times, 7.9.2013). Ausgelöst wurde der Konflikt dadurch, dass eine junge Hindu-Frau vom Volk der Jat in dem Dorf Kawal erklärte, von einem jungen Muslim sexuell belästigt worden zu sein (India TV News, 8.9.2013). Ihre Brüder ermordeten daraufhin den verdächtigen jungen Muslim Shahnawaz Qureshi, wurden dann jedoch von einem muslimischen Mob gelyncht. Zwei Vertreter der Hindu-nationalistischen BJP schürten die angespannte Stimmung vor Hindu-Bauern. Trotz Anzeigen und Ermittlungsverfahren wegen ihrer Hetzreden befinden sich die beiden BJP-Politiker Hukum Singh und Thana Bhawan MLA Suresh Rana auf freiem Fuß. Hukum Singh gewann bei einer Nachwahl im Herbst 2014 sogar ein Parlamentsmandat für seine Partei (The Indian Express, 1.10.2014).

Als muslimische Demonstranten zwei Wochen nach den Morden rund 2.000 geflohene Jats an einer Rückkehr in ihre Dörfer hindern wollten, kam es zu neuen Auseinandersetzungen und Morden. Jats griffen daraufhin in den folgenden Tagen muslimische Siedlungen an und töteten zahlreiche ihrer Bewohner (Hindustan Times, 8.9.2013). Mindestens 40 Dörfer waren von der Gewalt betroffen. Noch heute leben mindestens 6.000 Muslime, die vor der Gewalt in Muzzafarnagar geflohen sind, in 22 Lagern für Binnenflüchtlinge in dem Bezirk (The Milli Gazette, 9. 12.2014).

### 9.3 Angriffe gegen Ahmadiyyah

Ahmadiyyah-Muslime werden hingegen vor allem Opfer von Übergriffen von Muslimen, die in Frage stellen, dass die Ahmadiyyah den rechten muslimischen Glauben angehören, sie systematisch ausgrenzen und oft auch verfolgen. So werden Moscheen zerstört oder Ahmadiyyah gezielt am Gebet gehindert. Am 7. August 2015 wurden in dem an Bangladesch angrenzenden Bundesstaat West Bengalen Ahmadiyyah gezielt von extremistischen Muslimen mit Stöcken und Messern angegriffen. Zehn Menschen wurden dabei verletzt. Eine ganze Nacht belagerte der Mob das Haus, in dem sich die Ahmadiyyah aufhielten. Die Angreifer verwehrten auch Ärzten, anderem Pflegepersonal sowie der Polizei eine ganze Nacht lang die Versorgung der Verletzten (The Rabwah

Times, 17.8.2015). In der gleichen Nacht wurde auch ein weiteres von Ahmadiyyah bewohntes Haus in der Region angegriffen. Am 14. Juli 2015 waren auch bereits in dem Bundesstaat Angehörige der muslimischen Minderheit attackiert worden, doch damals hatte die Polizei rechtzeitig interveniert und die Überfallenen geschützt.

### **10. Indiens Regierung reagiert verärgert auf US-Menschenrechtsreport zur Glaubensfreiheit**

Glaubensfragen haben in der Innen- und Außenpolitik der USA eine größere Bedeutung als in vielen anderen Staaten. So veröffentlicht die vom US-Kongress eingesetzte „US-Kommission zur internationalen Religionsfreiheit (USCIRF)“ alljährlich einen umfassenden Bericht zum Stand der Religionsfreiheit in der Welt.

Der jüngste am 30. April 2015 publizierte Bericht kritisiert scharf, dass Minderheiten in Indien nach der Regierungsübernahme von Narendra Modi Opfer von „gewaltsamen Übergriffen“ und von „Zwangskonversionen“ wurden. Der Sprecher des indischen Außenministeriums Vikas Swarup warf daraufhin der Kommission ein „begrenzt Verständnis von Indien, seiner Verfassung und Gesellschaft“ vor (Hindustan Times, 1.5.2015). Die Regierung Indiens nehme solche Berichte nicht zur Kenntnis, erklärte er pikiert. Noch deutlicher wurde Indiens Staatsminister für Parlamentarische Fragen, Mukhtar Abbas Naqvi: „Es gehört sich nicht für jemanden, der Indiens Kultur, Gesellschaft, Bräuche und Verfassung nicht kennt, sich ein Urteil über die gesellschaftliche Harmonie in dem Land und über die Religionsfreiheit zu erlauben....Unsere Verfassung, Kultur und Regierung engagieren sich für die Sicherheit und Freiheit der Minderheiten in Indien.“ (www.thequint.com, 2.5.2015). Der BJP-Sprecher Shahnawaz Hussain riet: „Die USA sollten sich um ihren eigenen Hinterhof kümmern, in dem Ausschreitungen stattfinden, statt „religiöse Toleranz“ in Indien zu kommentieren. Minderheiten sind in Indien vollkommen sicher.“ (www.thequint.com, 2.5.2015)

### **11. Justiz auf Abwegen**

Angehörige religiöser Minderheiten und verarmter Bevölkerungsgruppen haben es in Indiens Rechtssystem schwer, Gerechtigkeit zu bekommen. Studenten der National Law University stellten in einer im August 2015 veröffentlichten Studie für den Obersten Gerichtshof fest, dass 75 Prozent aller in Indien zum Tode Verurteilten Adivasis, Dalits oder Muslime sind. Die wegen „Terrorismus“-Delikten verurteilten Todeskandidaten stammen sogar zu 93,5 Prozent aus diesem Kreis. Die Studenten werteten für die Studie Interviews mit 373 zum Tode Verurteilten über einen Zeitraum von 15 Jahren aus (Times of India, 21.7.2015). Vertreter des „Human Rights Law Network“ in Indien gehen sogar davon aus, dass diese Zahlen noch zu optimistisch sind und die Zahl der verurteilten

verarmten Straftäter aus Minderheiten noch höher ist. Der Rechtsanwalt Rashant Bhushan schätzt, dass nur ein Prozent der in Strafverfahren Beschuldigten sich einen kompetenten Rechtsanwalt leisten können.

### **12. Kriminalisierung von muslimischen Rohingya-Flüchtlingen aus Burma / Myanmar**

Weit mehr als 100.000 muslimische Rohingya sind seit der Eskalation der Gewalt in Arakan (offiziell: Rakhine Staat) in Burma im Juni 2012 aus ihrer Heimat geflohen. Die meisten Rohingya suchen in den Staaten Südostasiens Zuflucht. Vor allem in Thailand und Malaysia leben inzwischen zehntausende Rohingya ohne offizielle Anerkennung als „Flüchtlinge“. Indien war lange kein Fluchtziel für sie, da das Land umfassende wirtschaftliche, strategische und militärische Beziehungen mit Burma unterhält und viele Flüchtlinge es deshalb nicht für einen sicheren Zufluchtsort halten. Außerdem haben Flüchtlinge keinen legalen Status in Indien. Wie mit Flüchtlingsgruppen umgegangen wird, wird ad hoc von der indischen Regierung unter besonderer Berücksichtigung der nationalen Interessen entschieden. So ist die Lage für Schutzsuchende äußerst unsicher. Bereits zweimal scheiterten Versuche, ein Gesetz zur Regelung des Flüchtlingsstatus in Indien verabschieden zu lassen.

Die meisten Rohingya-Flüchtlinge in Indien leben unter sehr prekären Bedingungen am Rande der Großstädte in Slums und verdienen sich als Tagelöhner oder Müllsammler. Für sie gibt es keine medizinische oder soziale Versorgung. Sie haben auch keinen Zugang zu schulischer Bildung, da die Rohingya nicht offiziell registriert sind und das Schulgeld nicht aufbringen können. Indiens Staat überlässt sie ihrem Schicksal. So ringen die meisten Rohingya-Flüchtlinge tagtäglich um ihr Überleben. Mehrfach demonstrierten am Rande von New Delhi lebende Rohingya im Jahr 2014 gegen ihre katastrophalen Lebensbedingungen. Das Menschenrechts-Netzwerk „Human Rights Law Network (HRLN)“ hat im Jahr 2013 beim höchsten Gericht Indiens Klage eingereicht, um eine bessere Versorgung von rund 150 Rohingya-Familien in New Delhi und im Bundesstaat Haryana sicherzustellen (Radio Free Asia, 19.5.2015). Die „Nationale Menschenrechts-Kommission Indiens (NHRC)“ hat wegen der schlechten Behandlung von Rohingya-Flüchtlingen am 7. September 2015 Beschwerde bei der Regierung Tamil Nadus eingelegt. Die Organisation wirft den Behörden vor, die Flüchtlinge aus Burma ihrem Schicksal zu überlassen, ihre Menschenrechte zu missachten und ihnen keinen Wohnraum zur Verfügung zu stellen (The Times of India, 14.9.2015).

Doch aufgrund massiver Diskriminierung und Ausgrenzung in Burma fliehen immer mehr Angehörige der Minderheit nach Indien. Rund 9.000 Rohingya-Flüchtlinge sind nach Informationen des UNHCR im September 2015 in New Delhi registriert, Tausende sollen sich in anderen Landesteilen aufhalten, vor allem im überwiegend muslimischen

## Indien: Hindu-Nationalisten bedrohen Religionsfreiheit

Bundesstaat Jammu & Kashmir an der Grenze zu Pakistan. Der Innenminister Indiens erklärte jüngst in einem Schreiben an Parlamentarier, rund 10.500 Rohingya-Flüchtlinge lebten im Land ([www.sputniknews.com](http://www.sputniknews.com), 29.7.2015). Indische Sicherheitskreise gehen hingegen davon aus, dass 15.000 bis 40.000 Rohingya in Indien Zuflucht gesucht haben ([The Economic Times](http://The Economic Times), 24.6.2015). Das Leben in dem muslimischen Bundesstaat Jammu & Kashmir erleichtert zwar ihre Integration in Indien, schafft aber neue Probleme, da Kashmir als Unruheregion gilt und Muslime dort von Sicherheitsbehörden oft allein aufgrund ihrer ethnisch-religiösen Identität der Unterstützung des „Terrorismus“ beschuldigt werden.

Gefahren sehen Indiens Sicherheitsbehörden aber auch für den unsicheren Nordosten des Landes, in dem es seit vielen Jahrzehnten bewaffnete Auseinandersetzungen gibt und der durch ankommende Rohingya-Flüchtlinge weiter destabilisiert werden könnte ([www.youthkiawaaz.com](http://www.youthkiawaaz.com), 9.7.2015). Gezielt gehen Polizei und indische Grenzschutzbehörden gegen Rohingya-Flüchtlinge aus Burma vor. So wurden 23 Rohingya im Mai 2015 in Tripura festgenommen ([www.bdnews24.com](http://www.bdnews24.com), 10.5.2015). Die fünf Männer, acht Frauen und zehn Kinder hatten sich in einem Haus versteckt. Die Erwachsenen wurden in eine Haftanstalt überstellt, die Kinder in ein Jugendgefängnis. Im Jahr 2013 waren in Tripura sechs Rohingya wegen illegalem Grenzübertritt festgenommen worden, im Jahr 2010 waren zehn Angehörige der Minderheit aus Burma in Gewahrsam genommen worden.

Wurden die Rohingya-Flüchtlinge in Indien bislang nur von den Behörden ignoriert, nicht versorgt und bekamen keinen sicheren Aufenthalts-Status, so werden sie seit Sommer 2015 instrumentalisiert in der Auseinandersetzung zwischen den verfeindeten Nachbarstaaten Indien und Pakistan. Denn die pakistanische Regierung sah sich nach massiver Kritik von Oppositionsführer Imre Khan genötigt, sich auf internationaler Ebene öffentlichkeitswirksam für Rohingya-Rechte einzusetzen, und warb federführend für die Verabschiedung einer kritischen Resolution des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen zur Lage der Rohingya in Burma im Juli 2015 ([The Times of India](http://The Times of India), 28.7.2015). Unerbetene und problematische Solidaritätsappelle von muslimischen Terrorgruppen wie El Kaida oder den Taliban machen die Lage der Rohingya nicht leichter. Denn so gerät die Flüchtlingsgruppe in den Fokus indischer Sicherheitsbehörden und von Hindu-Nationalisten, die zur Wachsamkeit gegenüber Pakistan aufrufen und Rohingya der Unterstützung radikaler muslimischer Gruppen und des „Terrorismus“ verdächtigen.

So zeigten sich indische Sicherheitsbehörden im Juli 2015 alarmiert, weil sich nach Angaben der indischen Immigrationsbehörden in den vergangenen Monaten mehr als 10.000 Rohingya-Familien in Jammu & Kashmir niedergelassen haben sollen ([The Economic Times](http://The Economic Times), [The Times of India](http://The Times of India), 22.7.2015). Die Sicherheitsbehörden äußerten sogar den Verdacht, Rohingya könnten von der Terrororganisation „Islamischer Staat“ oder

vom umstrittenen militärischen Nachrichtendienst der Streitkräfte Pakistans „Inter-Services Intelligence (ISI)“ zum Jihad angeworben werden (dna / The New Indian Express, 22.7.2015). „Vom ISI unterstützte Terrorgruppen kooperieren mit Führern der Rohingya und unterhalten entlang der Grenze zwischen Bangladesch und Myanmar Trainingslager für den Jihad“, sagte ein hochrangiger Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden (The Times of India, 28.7.2015). Führende Rohingya-Vertreter weisen die Versuche zurück, Angehörige ihrer Volksgruppe unter den Generalverdacht des Terrorismus zu stellen. Es gebe keinen spezifischen Rohingya-Terrorismus, selbst wenn dies die Regierungen Burmas und Indiens behaupteten. Es gebe nicht mehr Rohingya unter islamistischen Kämpfern als Deutsche, Briten, Franzosen und Amerikaner. Selbst Hindu-nationalistische News-Portale in Indien wie „One India“ räumen ein, dass es bislang keine Belege dafür gebe, dass muslimische Rohingya sich einer terroristischen Gruppe angeschlossen hätten (OneIndia, 4.6.2015).

Doch die indische Regierung hat alle Bundesstaaten, in denen sich eine größere Zahl von Rohingya-Flüchtlingen befindet, alarmiert und zu besonderer Wachsamkeit aufgefordert. So wurde auch die Regierung von Andhra Pradesh informiert, in der sich mit 1.755 Flüchtlingen die meisten Rohingya aufhalten. Weitere Warnungen ergingen an Jammu & Kashmir, Punjab, Siliguri, Haryana, Delhi, West Bengal, Rajasthan, Maharashtra und Uttar Pradesh, in denen ebenfalls Rohingya-Flüchtlinge leben.

Als besonders problematisch bezeichnen die Sicherheitsbehörden, dass sich muslimische Organisationen in Indien für die Rechte der Rohingya einsetzen und in der indischen und internationalen Öffentlichkeit auf ihre Lage aufmerksam machen. So wird Menschenrechtsarbeit für Muslime mit Unterstützung des Jihad und des Terrorismus gleichgesetzt.

Die Innenminister des Bundes und aller betroffenen Bundesstaaten Indiens haben auf einem Sondertreffen am 20. Juli 2015 über mögliche Gefahren beraten, die von dieser Flüchtlingsgruppe ausgehen könnten (The Hindu, 7.7.2015). Als besonders „alarmierend“ bezeichnete ein Regierungssprecher im Vorfeld des Flüchtlingsgipfels, dass muslimische Rohingya besonders in Jammu & Kashmir indische Hindu-Frauen heirateten (www.worldbulletin.net, 8.7.2015).

So entsteht die fatale Situation, dass das Engagement Pakistans nicht zu einer Verbesserung der Lage der Rohingya auf dem Subkontinent führt, sondern sie noch weiter verschlimmert. In Pakistan löst der eskalierende Streit mit Indien um die Unterstützung der Rohingya Proteste aller politischen Parteien und Demonstrationen vor allem in der Provinz Sindh aus (IANS, 13.6.2015). Angeheizt wurden diese Proteste durch eine Rede von Indiens Premierminister Modi an der Universität Dhaka, in der er Pakistan vorwarf, Terrorismus und Angst in Indien zu schüren.

### 13. Streit um Hinduisierung des Bildungssystems

Sowohl Indiens Christen als auch Muslime wenden sich mit allem Nachdruck gegen die Versuche von Hindu-Nationalisten, die Schulen stärker zu hinduisieren. Die so genannte „Saffranisierung“ der Schulen wird von allen religiösen Minderheiten gefürchtet. Besonders groß ist die Angst vor weiteren Eingriffen in den eigenen Glauben, seitdem die BJP-geführte Bundesregierung ankündigte, eine neue nationale Bildungspolitik entwickeln zu wollen. Dafür sollen nach dem Willen der Regierung im ganzen Land Schulen nach ihrer Meinung und ihren Vorschlägen befragt werden. Kardinal Baselios Cleemis, der Vorsitzende der Bischofskonferenz, erklärte in einem Gespräch mit Führern verschiedener politischer Parteien am 25. Juli 2015, keine der 35.000 christlichen Bildungseinrichtungen sei bislang in diese Ideensuche einbezogen worden (The Indian Express, 25.7.2015). Zuvor hatte die „Katholische Bischofskonferenz Indiens“ am 21. Januar 2015 nachdrücklich an die Regierung Modi appelliert, den säkularen Charakter des Landes zu bewahren (The Indian Express, 22.1.2015). Die katholische Kirche ist besonders alarmiert, seit die Hindu-nationalistische RSS-Bewegung forderte, nicht der Träger einer Schule oder die Zusammensetzung des Lehrpersonals müssten dafür ausschlaggebend sein, dass die Einrichtung als „Minderheiten-Schule“ gilt, sondern die Religion ihrer Schüler.

Auch im Bundesstaat Goa, in dem die BJP in einer Koalitionsregierung mitregiert, tobt der Streit um Freiheit oder Kontrolle der Bildung. Der Chefminister des Bundesstaates forderte im April 2015 seinen Industrieminister Deepak Dhavalikar nachdrücklich auf, endlich den Streit um Klosterschulen zu beenden. Der Minister und seine Ehefrau Lata hatten zuvor Eltern öffentlich aufgefordert, ihre Kinder nicht in Schulen der Minderheiten anzumelden, weil sie dort angeblich der Hindu-Kultur entfremdet würden (IANS, 10.4.2015). Auch verlangten RSS-Führer in Goa, die BJP-Regierung in dem Bundesstaat müsse nun endlich ihr Wahlversprechen umsetzen und die finanzielle Förderung von englischsprachigen Schulen beenden (IANS, 6.8.2015).

Auch von führenden muslimischen Organisationen gibt es massive Kritik an der Einführung hinduistischer Werte und Glaubensvorstellungen an muslimischen Schulen. So rief das „All India Muslim Personal Law Board (AIMPLB)“ alle Imame und muslimischen Einrichtungen dazu auf, die Einführung der brahmanischen Kultur an islamischen Schulen zu verhindern. „Dies ist eine ernste Bedrohung unserer Religion. Wir müssen unsere Gemeinschaft aufrütteln und eine große Protestbewegung dagegen aufbauen“, erklärte das AIMPLB (The Indian Express, 13.8.2015).

Besonders problematisch ist der Versuch Hindu-nationalistischer Organisationen und von ihnen kontrollierter Regierungseinrichtungen, muslimische Verbände aufzubauen, um den vermeintlich richtigen Umgang von Muslimen mit ihrem Vieh zu propagieren. So

wollen diese von Hindu gesteuerten Organisationen Muslime in ihrem Glauben unterrichten und fortbilden (The Times of India, 10.9.2015).

### **14. Umstrittener Yoga-Tag**

Indiens Ministerpräsident Modi wirbt seit Jahren dafür, Yoga im Alltagsleben zu praktizieren. Im Jahr 2014 richtete er ein neues Ministerium für Yoga ein. Und er überzeugte die Vereinten Nationen, den 21. Juni zum „Internationalen Yoga-Tag“ zu erklären. Zur Feier des ersten Internationalen Tages beteiligten sich Zehntausende Inderinnen und Inder an den Übungen, die überall im Land angeboten wurden (Guardian, 6.6.2015).

Modi ist nicht nur ein überzeugter Yoga-Anhänger, sondern sieht darin auch eine gute Möglichkeit, Indien hinter sich in Stolz zu einen und zu stärken. Zugleich bietet ihm die Yoga-Kampagne eine willkommene Gelegenheit, sein international schlechtes persönliches Image aufzubessern. Denn plötzlich gilt er nicht mehr als „Hindu-Fanatiker“ und „skrupelloser Machtpolitiker“, sondern als friedliebende Lichtgestalt.

Die religiösen Minderheiten verfolgen seine Yoga-Pläne jedoch mit Argwohn. Sie vermuten, dies könne ein neuer Ansatz der Hindu-Nationalisten sein, Hindu-Werte und Hindutva auch weltweit salonfähig und respektabel zu machen, um die Menschenrechtsverletzungen an religiösen Minderheiten vergessen zu machen. Insbesondere von muslimischen Organisationen wird viel Kritik an Modis Yoga-Instrumentalisierung geübt (Reuters, 20.6.2015). Muslimische Organisationen sehen darin vor allem eine Strategie der Hindu-nationalistischen RSS-Bewegung, um die Hindutva-Agenda voranzutreiben (The Indian Express, 15.6.2015).

### **15. Anti-Konversions-Gesetze bedrohen Glaubensfreiheit**

Der Glaubensübertritt zum Christentum oder Islam gilt als eines der größten Streitthemen zwischen den religiösen Minderheiten und der Hindu-nationalistischen BJP-Regierung. Um jeden Preis wollen die Hindu-Extremisten verhindern, dass Hindus sich von ihrem Glauben abwenden und zum Christentum oder Islam übertreten. Vor allem für verarmte und marginalisierte Adivasi-Ureinwohner oder Dalits (Unberührbare) ist die Konversion eine Option. Denn viele von ihnen besuchten christliche Schulen oder andere Bildungseinrichtungen und erfuhren dort erstmals gesellschaftliche Anerkennung. Sie werden bei ihren neuen Glaubensgemeinschaften nicht nur als gleichberechtigte Menschen behandelt, sondern dieser Schritt eröffnet ihnen auch die Chance zu mehr Bildung und beruflichem Aufstieg.

## Indien: Hindu-Nationalisten bedrohen Religionsfreiheit

Hindu-Nationalisten verfolgen mit Sorge, dass der Anteil von Christen und Muslime an der Gesamtbevölkerung während der vergangenen zehn Jahre gleich geblieben oder leicht zugenommen hat, statt sich wie angestrebt zu verringern.

In den sechs indischen Bundesstaaten Gujarat, Orissa, Madhya Pradesh, Chhattisgarh, Arunachal und Himachal Pradesh wurden in den vergangenen Jahren regionale Gesetze zum Verbot eines Religionswechsels eingeführt. Diese Anti-Konversions-Gesetze, die offiziell seltsamerweise „Religionsfreiheits-Gesetze“ genannt werden, erklären Glaubensübertritte ohne vorherige Zustimmung der Bezirksbehörden zu strafbaren Handlungen. Einige dieser Gesetze sehen vor, dass auch der Pastor oder Pfarrer bestraft werden kann, der die Taufe vornimmt. Im Bundesstaat Tamil Nadu wurde ein entsprechendes Gesetz zwar verabschiedet, konnte sich aber langfristig nicht gegen die starken Proteste der dort einflussreichen christlichen Bürgerinnen und Bürger durchsetzen. In Orissa und Madhya Pradesh wurden diese Gesetze bereits in den 60er-Jahren verabschiedet. Regelmäßig sehen diese Gesetze auch Strafen vor, wenn Bürgerinnen und Bürger es versäumen, die Behörden über bevorstehende Glaubensübertritte oder „verdächtige Aktivitäten“ von Priestern und Nonnen zu informieren. Mehrere dieser Gesetze in den Bundesstaaten wurden von Gerichten auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüft und als verfassungsmäßig anerkannt (UCANews, 1.4.2015).

Erklärtes Ziel der Hindu-Nationalisten ist die Verabschiedung eines Anti-Konversions-Gesetzes auf nationaler Ebene. Finanzminister Arun Jaitley bekräftigte noch im Januar 2015, dass es dringend benötigt werde, um die Freiwilligkeit eines Religionswechsels und die Grenzen ausdrücklich schriftlich zu regeln (IANS, 6.1.2015). Alle bisher dazu unternommenen Versuche scheiterten jedoch, zuletzt im Jahr 1999 unter dem damaligen Ministerpräsident Atal Bihari Vajpayee. Dass Überlegungen über ein nationales Gesetz gegen Konversion noch immer sehr aktuell sind, machte der Vorstoß des BJP-Abgeordneten Atul Bhatkhalkar deutlich. Er brachte als unabhängiger Abgeordneter den Gesetzesentwurf in das Parlament ein, doch wurde sein Vorschlag abgelehnt.

Der Bundesminister für Recht und Justiz Sadanand Gowda erklärte jedoch im April 2015, dass die Bundesregierung nicht ermächtigt sei, Gesetze zu solchen Fragen zu erlassen (UCANews, 17.4.2015). Kritiker aus den Reihen der Kirchen und der Zivilbevölkerung weisen darauf hin, dass ein solches Gesetz gegen den säkularen Charakter Indiens verstoßen würde, der in der Verfassung betont wird (Al Jazeera, 4.1.2015). Der christliche Menschenrechtsaktivist John Dayal sieht in einem Anti-Konversions-Gesetz sogar eine ernste Gefahr für Indiens Demokratie (UCANews, 1.4.2015).

Doch BJP-Hardliner sind bereits auf der Suche nach neuen Schlupflöchern, die die Verabschiedung eines nationalen Gesetzes gegen Religionswechsel ermöglichen würden

(UCANews, 17.4.2015). Eine Unterorganisation der RSS, die „Dharm Samanway Samtiti“ bekräftigte erst jüngst, dass es vom Jahr 2020 an keine Glaubensübertritte zu anderen Religionen mehr geben werde. Nur noch Initiativen zur Re-Konversion von zum Christentum oder Islam Übergelaufenen würden geduldet (The Indian Express, 17.8.2015).

Immer wieder werden Fälle von gläubigen Christen oder Muslimen in zumeist ländlichen Regionen angezeigt, die zwangsweise zum Hinduismus konvertiert wurden. So werden 72 christliche Dalits der Sieben-Tage-Adventisten-Gemeinde in dem Dorf Asroi (Bundesstaat Uttar Pradesh) Ende August 2014 gezwungen, zum Hinduismus überzutreten. Auch das Gotteshaus wurde übernommen und in einen Tempel verwandelt (UCANews, 1.9.2014).

In der Stadt Agra (Bundesstaat Uttar Pradesh) werden im Dezember 2014 bis zu 60 verarmte muslimische Flüchtlingsfamilien mit falschen Versprechungen zum Hinduismus konvertiert (Urdu Media Monitor, 10.12.2014). So werden ihnen sicherer Aufenthalt, Ausweispapiere und für jede konvertierte Familie ein Haus zugesichert. Doch die großzügigen Versprechungen werden nicht eingehalten. Sogar das Parlament beschäftigt sich mit dem Fall (UCANews, 11.12.2014).

Als Hindu-Extremisten Mitte Dezember 2014 ankündigen, am 1. Weihnachtstag 4.000 Christen und 1.000 Muslime in einer Zeremonie zum Hinduismus zu konvertieren, schritt die Polizei ein und verbot die Veranstaltung (BBC, 15.12.2014 / UCANews, 12.12.2014). Der Erzbischof von Delhi, Anil Couto, äußert seine tiefe Besorgnis über die neuerlichen geplanten Zwangskonvertierungen (UCANews, 16.12.2014). Als der RSS-Führer Mohan Bhagwat im Februar 2015 auch Mutter Theresa der Zwangskonvertierung beschuldigt, weist der Erzbischof von Kolkata (früher Kalkutta) Thomas D'Souza die Anschuldigungen gegen die Friedensnobelpreisträgerin entschieden zurück (Vanguard, 25.2.2015).

Doch der Einfluss der Hindu-Extremisten wächst. Anfang Oktober 2014 annullieren sie die Hochzeit des Christen Joseph Pawar und seiner Hindu-Ehefrau Ayushi Wani, die nur fünf Tage zuvor im Bundesstaat Gujarat geheiratet hatten. Das Ehepaar wird festgenommen und sie zwingen Ayushi, sich wieder von ihrem Ehemann zu trennen (Al Jazeera, 5.10.2014).

## **16. Hindu-Extremisten mobilisieren für Re-Konvertierung zum Hinduismus**

Seit Monaten organisieren Hindu-Nationalisten in verschiedensten Bundesstaaten im Rahmen des „Ghar Wapsi-Programmes“ (Hindi: Heimkomm-Programm) Re-Konvertierungen von Christen und Muslimen zum Hinduismus. VHP-Präsident Pravin Togadia rechtfertigt die Re-Konvertierungen öffentlich mit der vermeintlich akuten

Gefahr für die Sicherheit der Hindus in Indien (The Indian Express, 1.3.2015). Dringend müsse dafür gesorgt werden, dass der Anteil der Hindus an der Gesamtbevölkerung Indiens nicht unter 80 Prozent sinke, argumentiert der Hindu-Nationalist. Auch die BJP bekräftigt, man werde an dem umstrittenen Programm festhalten, solange auch Konvertierungen weiter vorgenommen würden (The Indian Express, 24.2.2015). Auch die „Dharm Jagran Samiti-Bewegung (DJS)“ wirbt, am Ghar Wapsi-Programm festzuhalten, um den „Hindu-Ruhm“ wiederherzustellen (Daily Mail India, 19.12.2014).

Die VHP nannte im Juli 2015 auch konkrete Zahlen zu ihrem Einsatz im Rahmen des „Ghar Wapsi-Programms“. So seien 33.974 Menschen im Jahr 2014 zum Hinduismus re-konvertiert worden. Insgesamt seien 48.651 Personen im Rahmen des „Ghar-Wapsi-Programms“ im Jahr 2014 daran gehindert worden, sich anderen Religionen als dem Hinduismus zuzuwenden (The New Indian Express, 5.7.2015). Schwerpunkte ihrer Arbeit waren demnach die Bundesstaaten Orissa, Gujarat, Chhattisgarh, Jharkhand und Assam. Auch hätten sie für 284 Hindu-Mädchen, die in Minderheiten-Regionen lebten, Hochzeiten mit Hindu-Männern arrangiert. Im Zentrum standen jedoch die Bildungsarbeit und die Verbreitung von Sanskrit-Texten unter 7.776 Schülern. In der Grenzregion Tripura im Nordosten des Landes habe man 12.425 Schülerinnen und Schülern „nationalistischen Unterricht“ erteilt.

Bei den beeindruckenden Zahlen, die von der VHP präsentiert werden, ist Vorsicht geboten. Denn nachweislich fanden einige der genannten Re-Konvertierungen überhaupt nicht statt. So sind 60 muslimische Familien, die im Dezember 2014 angeblich zum Hinduismus übertraten, noch immer Muslime. Dies stellte die „Minderheiten-Kommission von Uttar Pradesh“ nach einer umfassenden Untersuchung in Agra in einem Bericht fest (The Indian Express, 3.2.2015).

### 17. Gefährliche Hindu-Nationalisten

Indiens Hindu-Nationalisten verfügen über ein breites Netzwerk von politischen Parteien und Bewegungen, die innerhalb kürzester Zeit Millionen Menschen für ihre Vision von Hindutva mobilisieren können. Ziel der **Hindutva-Bewegung** ist die Schaffung und Stärkung einer geeinten Hindu-Nation. Es ist das Gegenmodell zum säkularen Staatskonzept, das von Indiens Freiheitskämpfer Mahatma Gandhi als Zukunftsmodell für den Subkontinent verfolgt wurde.

Die bedeutendste politische Partei der Hindu-Nationalisten ist heute die 1980 gegründete **Bharatiya Janata Party (BJP)**. Sie stellte bereits von 1998 bis 2004 die Regierung unter Premierminister Atal Behari Vajpayee sowie seit Mai 2014 erneut unter Premierminister Narendra Modi. Er konnte sich im Wahlkampf verlassen auf die paramilitärisch strukturierte Organisation **Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS)**. Diese 1925 gegründete Organisation bildet heute mit der VHP die schlagkräftigste Stütze der

Hindutva-Bewegung. Die RSS hat weitere Ableger wie z.B. die **Dharm Jagran Samiti (DJS)**, die in den vergangenen Monaten besonders radikal und aggressiv gegenüber religiösen Minderheiten in der Öffentlichkeit auftrat. Eine weitere bedeutende Organisation der Hindutva-Bewegung ist der 1964 gegründete Weltrat der Hindus, **Vishva Hindu Parishad (VHP)**. In dieser religionspolitischen Organisation sind viele unterschiedliche hinduistische Strömungen vereint. Sie agiert aber auch stark als Auslandsvertretung der Hindu-Nationalisten. Weitere Bewegungen sind die **Shiv Sena** und die **Bajrang Dal**.

Der Hindutva-Bewegung nahestehende Historiker bemühen sich mit einer sehr selektiven Wahrnehmung historischer Fakten die umstrittene These zu belegen, dass in Indien seit frühesten Zeiten ein einheitlicher Zentralstaat bestanden habe. Pluralismus und Diversität, die in diesem Vielvölker- und Vielreligionen-Staat bestehen, lehnen diese Wissenschaftler ab. Dabei weist die UN-Kulturorganisation UNESCO seit Jahren darauf hin, dass der Nordosten des Landes als eine der ethnologisch und sprachlich vielfältigsten Regionen der Welt gilt. Insbesondere wenden sie sich gegen die Vision der Staatsgründer Nehru und Gandhi vom gewaltlosen Eintreten für bestimmte Ideale. Sie bezeichnen dies als Irrweg und als Zerrbild des Hinduismus.

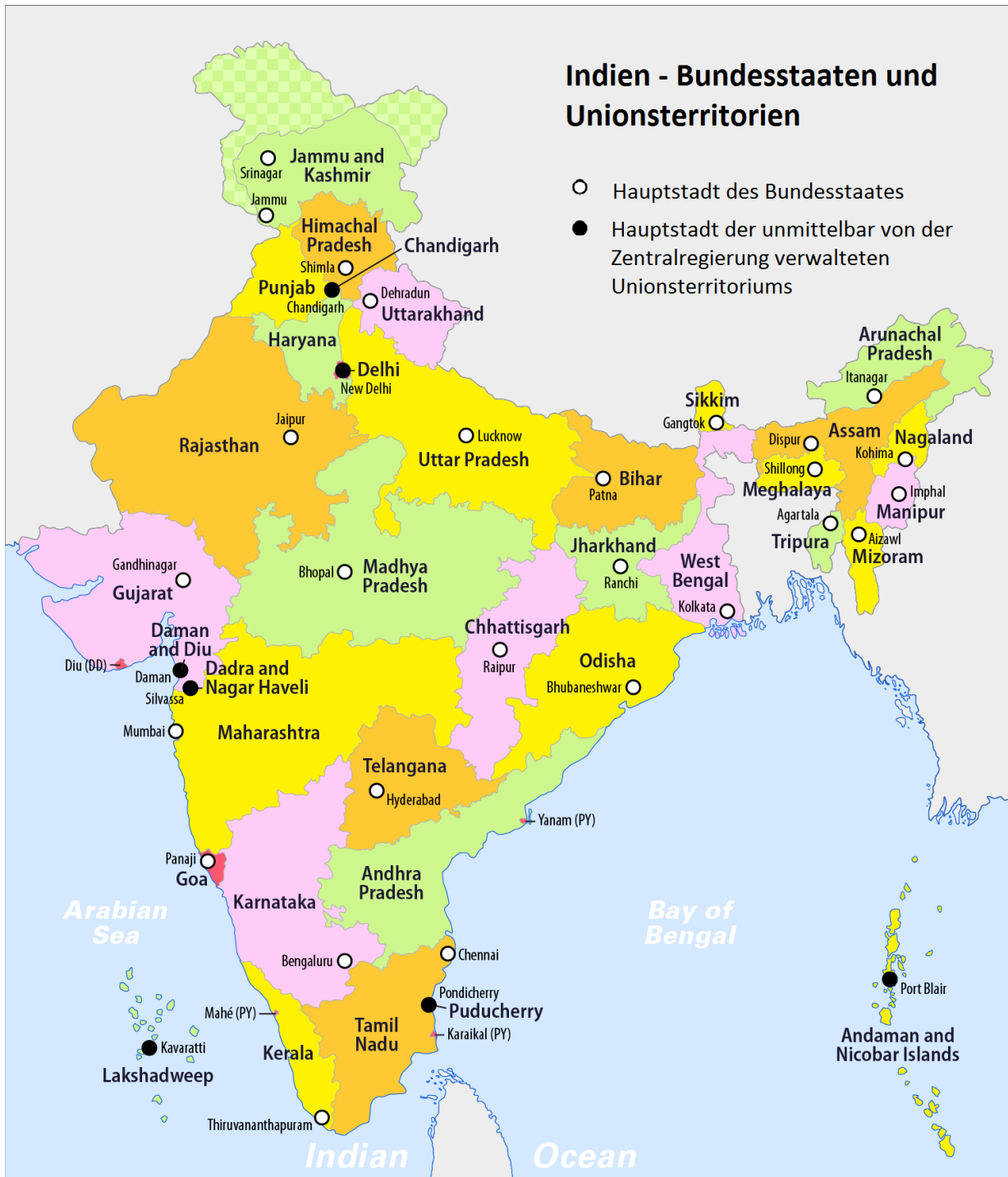
Als besonders gefährlich und brandstiftend erwiesen sich in den vergangenen Monaten die Hasstiraden der führenden Vertreter des RSS-Ablegers DJS. Für landesweite Aufmerksamkeit und Entsetzen sorgte der **DJS-Vorsitzende in Uttar Pradesh, Rajeshwar Singh**. Denn er erklärte am 18. Dezember 2014 öffentlich, das Ziel seiner Organisation sei, dass von Ende Dezember 2021 an keine Nicht-Hindu mehr in Indien leben würden. „Die Muslime und Christen haben kein Recht hier zu bleiben“, sagte der streitbare Hindu-Führer. „Sie müssen entweder zum Hinduismus konvertieren oder sind gezwungen, aus dem Land zu verschwinden“ (Daily Mail India, 19.12.2014). „Ich will dafür sorgen, dass Indien bis zum 31. Dezember 2021 christen- und muslimfrei wird.“ Singh war auch verantwortlich für den Plan, 4.000 Christen und 1.000 Muslime in der Stadt Aligarh (Bundesstaat Uttar Pradesh) am 1. Weihnachtstag 2014 zum Hinduismus konvertieren. Als in der Öffentlichkeit nach Bekanntwerden dieses Plans ein Sturm der Entrüstung ausbrach, forderte die RSS ihren Ableger DJS nachdrücklich auf, die geplante Veranstaltung abzusagen (IBN, 16.12.2014). Zuvor hatten die von Protesten aufgeschreckten Behörden bereits angekündigt, sie würden die umstrittene Veranstaltung verbieten.

Der streitbare Hindutva-Aktivist Rajeshwar Singh legte am 31. Dezember 2014 nach Druck führender BJP-Politiker zumindest zeitweilig sein Amt als Vorsitzender der DJS in Uttar Pradesh nieder. Während er selbst davon spricht, er habe sich nur drei Monate aus gesundheitlichen Gründen von seiner Position entbinden lassen, sprechen andere Hindu-Aktivisten von einer dauerhaften Ablösung Singhs, der mit seinen Hasstiraden gegen Christen und Muslime alle Versuche der BJP scheitern ließ, sich als verantwortungsvolle

## Indien: Hindu-Nationalisten bedrohen Religionsfreiheit

und gemäßigte Partei zu präsentieren (Hindustan Times, 1.1.2015 / India Today, 2.1.2015).

Doch die Hassparolen Singhs sind kein Einzelfall, sondern vermitteln wohl nur ein realistisches Bild von den extremistischen und Menschen verachtenden Methoden und Zielen der Hindutva-Aktivisten.



Indien: Hindu-Nationalisten bedrohen Religionsfreiheit